S D S – K O R R E S P O N D E N Z

Nr. 1 JANUAR 1966

INHALT

Diese erste Nummer der SDS-Korrespondenz demonstriert bereits in Ansätzen deren Funktion: sie soll die Teilnahme möglichst vieler Genossen an der Diskussion von aktuellen Projekten des Verbandes ermöglichen und der Vorbereitung von Entscheidungen dienen, die einer Erörterung im gesamten Verband besonders bedürfen. Als so verstandenes Medium der Kommunikation und Meinungsbildung wird die SDS-Korrespondenz nicht periodisch sondern dann erscheinen, wenn über spezifische Probleme oder eine bestimmte Konzeption zur Politik des Verbandes eine so breite Diskussion notwendig ist, daß sie den Rahmen der 'neuen kritik' sprengen müßte.
Darüberhinaus könnte die SDS-Korrepondenz den an der Arbeit des Verbandes Interessierten die SDS-interne Diskussion vorstellen, sie informieren, wie im SDS argumentiert wird.
Wir hoffen, daß sich viele Genossen zu den in der Zeitschriften-Diskussion bisher vorgetragenen Auffassungen äußern werden; die Form der Korrespondenz sollte dazu ermutigen. In der nächsten Nummer, die möglichst noch vor Semesterschluß erscheinen soll, werden wir dann die Stellungnahmen zur weiteren Diskussion vorlegen.

Die Redaktion

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)
6 Frankfurt am Main - 1, Wilhelm-Hauff-Str. 5, Tel. 77 64 22, 70 38 63, 77 87 23

Zum Verlauf der Zeitschriftendiskussion

Seit Ende Oktober ist unter Beteiligung des Bundesvorstands, der Redaktion der 'neuen kritik', der Gruppen Frankfurt, Göttingen und Marburg sowie einer Reihe von Mitgliedern aus anderen Gruppen des Verbandes eine Diskussion über Funktion und Struktur der Zeitschrift des SDS in Gang gekommen, deren Verlauf hier skizziert werden soll. Zum Teil ist sie in Dokumenten festgehalten, die diesem Bericht auszugsweise beigegeben sind; wenngleich vom jeweiligen Argumentationszusammenhang und seinen Veränderungen so nur ein höchst unvollkommenes Bild vermittelt wird. Um so dringlicher ist deshalb der Versuch, die wesentlichen Überlegungen und Einwände noch einmal zusammenzufassen, wobei es freilich angemessen scheint, nicht unbedingt immer die verschiedenen Auffassungen den an der bisherigen Diskussion beteiligten Personen zuordnen zu wollen, sondern vor allem die sachlichen Informationen zu liefern, die zu einer von falschen Unterstellungen und Gerüchten freien Diskussion des gesamten Verbandes beitragen können.

Die ersten Diskussionen bezogen sich unmittelbar auf den Verlauf der letzten Delegiertenkonferenz. Die beiden Bundesvorsitzenden gingen von der Überlegung aus, daß die zum Teil entschieden kontroversen Auffassungen, die dort zur Arbeit des Verbandes und zu den inhaltlichen Bestimmungen einer programmatischen Erklärung des SDS entwickelt worden waren, sich künftig in den Arbeitsanforderungen an die NK-Redaktion und im Inhalt der Zeitschrift selber notwendig niederschlagen werden. Daß einzelne Mitglieder der Redaktion ihr weitgehendes Einverständnis mit den vor allem von den Frankfurter Delegierten vertretenen Positionen bekundet hatten, war in hohem Maße mitentscheidend für den Vorschlag der beiden Bundesvorsitzenden, die Redaktion der 'neuen kritik' - durch den ersten Bundesvorsitzenden selbst und zwei weitere Genossen - zu erweitern. Nachdrücklich wurde betont, daß mit diesem Vorschlag keineswegs die Identität der politischen Auffassungen aller Redaktionsmitglieder unterstellt sei; vielmehr sei der Eindruck vorhanden, daß einige Genossen in der Redaktion den Konzeptionen, wie sie z.B. während der Delegiertenkonferenz in den Kontroversen über ein angemessenes Selbstverständnis des Verbandes und seine theoretisch wie praktisch-politische Arbeit in Ansätzen sichtbar geworden waren, eher ohne schon halbwegs klare und entschiedene Positionen gegenüber stünden. Diese Einschätzung implizierte zugleich, obwohl das in jenem Stadium der Diskussion den Beteiligten noch weniger deutlich war als heute, die Kritik: die Zeitschrift des Verbandes sei nicht mehr Ausdruck der vollen Spannweite der gegenwärtigen Diskussion über Funktion und politische Positionen des SDS - oder, wie es in einem späteren Gespräch formuliert wurde: in der nk würden über ein sinnvolles Maß hinaus Beiträge erscheinen, deren Auffassungen, im Hinblick auf den Stand der Diskussion im Verband, eher als Randpositionen zu bezeichnen seien. Demgegenüber komme es darauf an, daß die Differenzen im Verband von der 'neuen kritik' nicht ignoriert oder negiert, sondern

für ihre Diskussionsbeiträge und für die Arbeit der Redaktion fruchtbar gemacht würden. Gerade in Anbetracht der auch in der Zeitschrift zu erwartenden Programmdiskussion, so wurde argumentiert, sei zu wünschen, daß jene Positionen, die in dem Entwurf für die geplante programmatische Erklärung des SDS zum Ausdruck kommen, in der Redaktion repräsentiert seien - und zwar durch den Autor jenes Entwurfes selbst sowie durch Genossen, die sich seiner theoretischen und praktisch-politischen Implikationen anscheinend mehr bewußt seien, als die Mitglieder der bestehenden nk-Redaktion. Zudem sei der Fehler zu berichtigen, daß der erste Bundesvorsitzende, entgegen einer sinnvollen Tradition, zu Beginn seiner ersten Amtszeit nicht in die Redaktion eingetreten sei. Da diese ja doch, um ihren Aufgaben gerecht werden zu können, immer auch als lebendiger, die Weiterführung der im Verband und seinem Umkreis vorhandenen Ansätze wesentlich mitbestimmender Diskussionszusammenhang funktionieren müsse, sei der 1. Vorsitzende durch seine Mitgliedschaft in der Redaktion zugleich gezwungen, seine politischen Positionen und seine Perspektiven für den SDS regelmäßig an konkreten Gegenständen zu entwickeln und sachlicher Diskussion auszusetzen.

Der Vorschlag, die Redaktion der 'neuen kritik' zu erweitern, war zunächst verstanden worden als Versuch, mit einer autoritären, personalpolitischen 'Maßnahme' noch nachträglich auf die während der Delegiertenkonferenz formulierte Opposition zu reagieren. Aber selbst noch die sachliche Begründung sei ihm unangemessen, da jedenfalls die Arbeit in der Redaktion mit den politischen Positionen ihrer Mitglieder nichts zu tun habe. Daß jener Vorschlag jedoch gerade als politische Reaktion auf die - während der DK sichtbar gewordene - Entwicklung der Diskussion im Verband und eben deshalb auch als Versuch einer Politisierung der Redaktionsarbeit und somit der Zeitschrift selbst zu begreifen sei, wurde von der Mehrheit der Redaktionsmitglieder schließlich doch verstanden und als plausible Begründung akzeptiert. Die Vorbehalte aber, die gegenüber ihrer Argumentation noch immer bestanden, wollten die beiden, an der Mitarbeit in der Readktion interessierten, Genossen nicht unterschätzen. Sie hatten zudem den Eindruck gewonnen, daß infolge der heftigen, von beiden Seiten nicht immer nur sachlich geführten, Auseinandersetzungen die Bedingungen einer hinreichend effektiven Kooperation und rationaler Diskussion im Falle ihres Eintritts in die Redaktion vorerst nicht gegeben seien. Sie zogen ihre Kandidatur zurück, obwohl die Redaktion formell ihrem Beitritt schließlich zugestimmt hatte. Daraufhin entschloß sich auch Helmut Schauer, der Redaktion vorerst nicht beizutreten, da er die Entscheidung der beiden Genossen und ihre Begründung glaubte anerkennen zu müssen und wohl ohnehin in erster Linie aufgrund seiner Funktion als erster Bundesvorsitzender akzeptiert worden wäre.

Die bis zu diesem Zeitpunkt entwickelte Kritik an der der 'neuen kritik' in ihrer gegenwärtigen Gestalt zugrundeliegenden Konzeption und dem Selbstverständnis der Redaktion ging ein in eine sehr viel grundsätzlichere Diskussion zwischen Mitgliedern des

Bundesvorstands und einigen Marburger Genossen über die Konsequenzen des Verlaufs und der Beschlüsse der 20. Delegiertenkonferenz für den Verband und die Arbeit des Bundesvorstands. Da die allgemeinen Überlegungen zur Funktion des SDS inzwischen zum großen Teil in einem Artikel Helmut Schauers in der kommenden Nr.33 der 'neuen kritik' aufgearbeitet worden sind, sollen hier nur die Erwägungen referiert werden, die für die Zeitschriftendiskussion unmittelbar relevant wurden.

Es wurde festgestellt, daß die Ansprüche an den Verband, die sich aus seiner doppelten Funktion als Studentenverband und als die noch immer intakteste sozialistische Organisation in der Bundesrepublik herleiten, auch die 'neue kritik' als dessen Organ notwendig überfordern. Es sei kein Zufall, daß sich die 'neue kritik' in dem Maße von der Praxis des Verbandes entfernt habe, in dem sie zur wesentlich auch außerhalb des Verbandes beachteten sozialistischen Zeitschrift geworden sei. Daher wurde erörtert, ob es nicht ratsam sei, jenem Übermaß an Ansprüchen dadurch Rechnung zu tragen, daß die Doppelfunktion der 'neuen kritik' - zentrales Diskussionsorgan des SDS und darüberhinaus zugleich eine mehr und mehr auch außerhalb des Hochschulbereichs relevante sozialistische Zeitschrift zu sein - durch die Herausgabe von zwei verschiedenen Publikationen aufgespalten werde. Diese könnten möglicherweise den ihnen gestellten Aufgaben eher gerecht werden als die 'neue kritik' allein. Von nun an wurde stets ein Junktim von zwei Projekten diskutiert: eine allgemeine, wissenschaftlich-politische Zeitschrift als Forum der über den SDS wesentlich hinausreichenden Diskussion von Sozialisten in der Bundesrepublik und eine überregionale Studentenzeitung, die die politischen und theoretischen Konzeptionen des SDS an konkreten und aktuellen Gegenständen erörtern und dabei einer breiteren, an der Arbeit des Verbandes interessierten Öffentlichkeit an den Hochschulen vorzustellen hätte.

In diesem Stadium der Diskussion wurden frühere Überlegungen zu zwei verschiedenen Zeitschriftenprojekten wieder aufgenommen: einmal die mit Mitgliedern der nk-Redaktion angestellten Erwägungen, die 'neue kritik' durch den Nachdruck von Beiträgen aus ausländischen sozialistischen Publikationen wesentlich zu erweitern, um so den Anschluß an die bislang nur sporadisch beachtete internationale Diskussion sozialistischer Politik und Theorie zu gewinnen; und zum anderen der in Marburg entwickelte Plan, in Anbetracht der Integration westeuropäischer Politik durch die Herausgabe einer deutschen Ausgabe des International Socialist Journal (ISJ) eine feste Verbindung zur fortgeschrittensten sozialistischen Diskussion in Westeuropa herzustellen. In der Diskussion dieser Projekte kristallisierte sich dann die Auffassung heraus, daß die bloße Übersetzung des ISJ der politischen Situation in der Bundesrepublik nicht angemessen sei. Vielmehr könne die Gefahr einer abstrakten Rezeption der westeuropäischen Diskussion nur durch deren Verknüpfung mit Analysen der besonderen bundesrepublikanischen Verhältnisse vermieden und erst so die Diskussion der Sozialisten in der Bundesrepublik vorangetrieben werden. Als eine so verstandene und strukturierte deutsche Ausgabe des ISJ

könne die 'neue kritik', so wurde argumentiert, ihrer allgemeinen politischen Funktion eher gerecht werden; sie müsse dann aber den entscheidenden Schritt zur allgemeinen politisch-theoretischen Zeitschrift hin tun und sich damit völlig lösen von ihrer ursprünglichen Intention, in erster Linie das Organ eines Studentenverbandes zu sein. Zur Realisierung einer solchen Konzeption bedürfe sie aber einer feststrukturierten, über Jahre kontinuierlich arbeitenden Redaktion, deren Mitarbeiter über das Stadium der Rezeption der Geschichte und Theorien der Arbeiterbewegung hinaus seien, über wissenschaftliche und politische Kenntnisse und weitreichende persönliche Kontakte verfügten. Angesichts der Konzentration von älteren und früheren Genossen in Marburg seien dort am ehesten jene Voraussetzungen für den Kern einer solchen Redaktion gegeben.
Unbestritten war, daß eine derart konzipierte Zeitschrift nur dann sinnvoll sein könne, wenn sie Forum und Antrieb eines schon vorhandenen allgemeinen Diskussionszusammenhangs werden könne, an dem die relevanten sozialistischen Gruppierungen beteiligt seien. Ein Ansatz dazu sei die gemeinsam vom Sozialistischen Bund und vom SDS Anfang November in Frankfurt veranstaltete Tagung über 'Neokapitalismus - Rüstungswirtschaft - Arbeiterbewegung' gewesen.
Waren die Überlegungen zur Veränderung der 'neuen kritik' durch die Konzeption, ihren Ansatz zu einer allgemeinen theoretisch-politischen Zeitschrift konsequent zu realisieren, von Anfang an schon an hinreichend konkret bestimmten Projekten orientiert, so konnten zur zweiten Publikation, die ursprünglich als überregionale 'Studentenzeitung' geplant war, zunächst nur sehr vorläufige Vorstellungen entwickelt werden. Die Konzeption eines 'Massenblattes', die immer vorbehaltlich gegebener technischer und finanzieller Voraussetzungen diskutiert werden mußte, wurde bald unter dem Einfluß verschiedenster Gegenargumente aufgegeben. So war zu befürchten, daß aufgrund der Größe der anzusprechenden Zielgruppe und der - an Blättern wie dem 'DISKUS' und dem früheren 'konkret' orientierten - Gestalt der Zeitung, die vorgegebenen journalistischen Arbeitsbedingungen dazu hätten zwingen können, zumindest partiell von entschieden sozialistischen Positionen abzugehen und tendenziell radikaldemokratisch zu argumentieren. Eine der wesentlichsten Aufgaben einer ganz auf den SDS als Studentenverband zurückgenommenen Zeitung müsse es aber sein, der Notwendigkeit und dem Bedürfnis der SDS-Mitglieder nach kontinuierlicher Diskussion der unterschiedlichen Auffassungen innerhalb des Verbandes Rechnung zu tragen. Das umso mehr, als die veränderte 'neue kritik' ein sozialistisches Vorverständnis werde voraussetzen müssen, das bei den jüngeren Genossen und der am SDS interessierten Hochschulöffentlichkeit nicht ohne weiteres angenommen werden könne. Zu überlegen sei deshalb, wie ein Organ des SDS auszusehen habe, in dem die Trennung von 'innerverbandlicher Diskussion' und Argumentation gegenüber der an der Arbeit des SDS interessierten Hochschulöffentlichkeit tendenziell aufgehoben sei.

Sollten in diesem Organ die Politik des Verbandes an der Hochschule und zugleich sein Verhältnis zu aktuellen politischen Fragen formuliert werden, so müßten die einzelnen Beiträge freilich - trotz ihrer aktuellen und konkreten Bezüge - nach einem journalistischen Prinzip organisiert sein, das eine Verknüpfung mit bereits gewonnenen theoretischen Einsichten nicht verhindere. Vor allem müßten Form und Struktur dieses Verbandsorgans so bestimmt sein, daß theoretische Analysen auch allgemeinerer Probleme in ihm nicht deplaziert erschienen.
Während seiner Sitzung am 27./28.11.65 faßte der Bundesvorstand einige dem Stand der Überlegungen entsprechende Beschlüsse (s.Dokumentation). Zwei Kommissionen sollten prüfen, ob sowohl die allgemeinen politischen als auch die technischen - i.e. finanziellen, personellen und organisatorischen - Voraussetzungen für die Realisierung der beiden Projekte gegeben seien.
Schon während der BV-Sitzung war deutlich geworden - und in den sich anschließenden Diskussionen zeigte sich immer klarer, daß die Argumente zu den Zeitschriftenprojekten eng zusammenhängen mit der Einschätzung der gegenwärtigen Funktion des Verbandes. Denn erst als im Anschluß an die Frankfurter Tagung mit der Situation des SDS und mit seiner Arbeit zugleich die Verfassung der westdeutschen Linken überhaupt zum Gegenstand auch der Überlegungen zur Zeitschrift des Verbandes wurden, erhielten diese den ihnen angemessenen politischen Bezugsrahmen.
Die Argumentation der beiden Bundesvorsitzenden in jenen Diskussionen ging von der Beobachtung aus, daß die 'traditionellen' politischen Differenzen innerhalb der bundesrepublikanischen Linken, also eben die in vielen Jahren verfestigten Sonderpositionen, hinter denen die einzelnen Gruppierungen sich bisher verschanzt hätten, während der Frankfurter Tagung nur am Rande eine Rolle gespielt hätten. Es sei jedoch noch nicht geklärt, ob davon tatsächlich bereits auf eine größere Bereitschaft der sozialistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik, eine gemeinsame Diskussion über ihre Analysen und politischen Positionen zu führen, geschlossen werden könne, und unter welchen Bedingungen ein solcher, durch kontinuierliche Kommunikation und gemeinsame Arbeit stabilisierter Diskussionszusammenhang der Linken die gegenwärtige Funktion des SDS und der 'neuen kritik' berühren werde.
Dazu genauere Überlegungen anzustellen, sollte denn auch eine der zentralen Aufgaben jener Kommission sein, die vom Bundesvorstand berufen wurde, um zum Projekt einer allgemeinen sozialistischen Zeitschrift Analysen und Vorschläge zu erarbeiten. Jedenfalls erschien in der Diskussion erneut die Konzeption eines sozialistischen Studienzentrums, wie es 1961 zur näheren Funktionsbestimmung der 'Neuen Linken' von Eberhard Dähne vorgestellt, dann jedoch u.a. durch die aktivistischen Tendenzen des Sozialistischen Bundes verhindert worden war. Jene Konzeption setzte freilich, heute wie damals, die Existenz eines nicht etwa als Embryo einer allumfassenden Sammlungsbewegung konzipierten, wohl aber auch von seiner Struktur her die kontinuierliche und offene Diskussion sozia-

listischer Theorie und Politik garantierenden organisatorischen Ansatzes voraus. Allein in diesem Sinne war die Frage nach dem Kristallisationskern gestellt, der als Zentrum eines breiteren sozialistischen Diskussionszusammenhangs in der Bundesrepublik fungieren könne. Allein in diesem Sinne wurde der SDS, der ja angesichts des Spektrums der in ihm und um ihn herum vertretenen Positionen kaum mehr nur als besondere Fraktion gegenüber anderen sozialistischen Gruppierungen zu begreifen sei, als Modell eines solchen Kristallisationskerns bezeichnet - freilich mit den spezifischen, durch seine Aufgaben und Möglichkeiten als Studentenverband bedingten Verengungen. Allein in diesem Sinne wurde im Sozialistischen Bund, nach dem mit der Frankfurter Tagung relativ gut gelungenen Anfang seiner neueren Aktivität, ein potentieller Kristallisationskern gesehen, um den sich die bisher weitgehend voneinander isolierten sozialistischen Gruppierungen zu gemeinsamer Diskussion relevanter Probleme versammeln könnten. Allein in dem Sinne also, daß mit den innerhalb der Linken festzustellenden Tendenzen - wie schwach sie auch immer noch seien - zur Neubestimmung politischer Positionen und einem potentiellen organisatorischen Kern die Bedingungen eines organisatorisch nicht fixierten, sondern als fortschreitender Verständigungsprozeß funktionierenden Zusammenhangs der bundesrepublikanischen Sozialisten möglicherweise gegeben seien, verstanden sich jene Überlegungen, die im Anschluß an die Frankfurter Tagung angestellt wurden - und nicht, wie es einige Frankfurter Genossen vorschnell unterstellten, im Sinne einer Ermittlung des Potentials für die organisatorische Zusammenfassung der Sozialisten oder die Gründung einer sozialistischen Partei.

In dem Maße freilich, so wurde weiter argumentiert, in dem tatsächlich ein breiterer sozialistischer Diskussionszusammenhang entstehe, werde notwendig auch der SDS einem Funktionswandel ausgesetzt sein. Als 'einzige funktionierende sozialistische Organisation in der Bundesrepublik' sei der Verband mit einem Überschuß an Ansprüchen belastet, der weder mit der Warnung vor Tendnezen seiner Entwicklung zur 'Ersatzpartei' von ihm zu nehmen, noch durch eine unreflektierte Abwendung von der Hochschule einzulösen sei. Durch die Möglichkeit der Orientierung und Teilnahme der Mitglieder des SDS an einer allgemeinen, die organisatorischen Schranken des Verbandes wie anderer sozialistischer Gruppierungen negierenden Diskussion könnten aber jene Aufgaben, denen der SDS sich über die Hochschule hinaus gegenübersehe, einen ihm als Studentenverband eher adäquaten Stellenwert im Rahmen seiner gesamten Arbeit erhalten. Dies hänge weniger ab von einer organisatorischen Zusammenfassung der an dieser Diskussion Beteiligten als vom Stand der Einsicht, den sie erreiche.

Dagegen wurde eingewandt, der SDS müsse jedenfalls qua Organisation und unabhängig von anderen Gruppierungen immer seine e i g e n e n Positionen entwickeln und auch als eigene vertreten. Gelänge es ihm nicht, seine absolute Selbständigkeit zu bewahren und ständig zu beweisen, so würden die Grenzen der Diskussion unscharf und er laufe Gefahr, mit politischen Positionen identifiziert zu werden, die nicht seine eigenen seien. Ein derart

unabhängiger Verband bedürfe eines einzigen Organs, in dem sich die gesamte in ihm geführte Diskussion niederschlage. Die Doppelfunktion des Verbandes verlange nicht die Auflösung seiner Zeitschrift in zwei Publikationen und auch die Veränderung der 'neuen kritik' zu einer nicht allein vom SDS herausgegebenen Zeitschrift sei nicht gerechtfertigt. Es komme vielmehr darauf an, die 'neue kritik' umzustrukturieren, sie strenger zu gliedern, sie politischer zu machen und mehr als bisher ihre Integrationsfunktion für den Verband zu betonen, mehr als bisher das Informationsbedürfnis und die theoretischen Voraussetzungen der jüngeren Genossen zu berücksichtigen.
Dieser Argumentation wurde entgegengehalten, daß sie, so sehr sie auch der gegenwärtigen Situation des Verbandes wie der Linken überhaupt gerecht werde, doch tendenziell die Not zur Tugend mache. Das Maß an politischer und organisatorischer Selbständigkeit des SDS könne nicht abstrakt und ein für allemal bestimmt werden, sondern richte sich immer nach den konkret vorhandenen politischen und organisatorischen Ansätzen. Sei der SDS seit der unfreiwilligen Trennung von der SPD auf sich selbst und einen Kreis von Freunden verwiesen, so habe er in dieser Situation notwendig jenes politische Selbstbewußtsein und die Arbeitsformen entwickeln müssen, die ihn dann befähigten, neben seiner Arbeit an der Hochschule entscheidend und umfassender als zuvor über diese hinauszugehen. An der Entwicklung der 'neuen kritik' vom primär verbandsinternen Diskussionsorgan zur wesentlich auch außerhalb des Verbandes beachteten sozialistischen Zeitschrift sei dieser Prozeß besonders drastisch abzulesen. Die Funktion des Verbandes als ein Zentrum sozialistischer Diskussion müsse jedoch dann berührt werden, wenn unter Beteiligung relevanter Gruppen von Sozialisten eine stetige Diskussion, deren organisatorischer Ausdruck -aber auch Voraussetzung- eine allgemeine theoretisch-politische Zeitschrift sein könne, in Gang gekommen sei. Jener Funktion, die dem Verband allgemeinere Aufgaben außerhalb der Hochschule zumesse, könne der SDS denn auch am ehesten Rechnung tragen, indem er die Weiterentwicklung vorhandener Ansätze zu einer engeren sachlich vermittelten Verbindung zwischen den bundesrepublikanischen Sozialisten politisch fördere und somit die Bedingungen herzustellen helfe, unter denen erst er wieder vorwiegend Studentenverband sein könne. Der Plan einer Weiterentwicklung der 'neuen kritik' zu einem nach bundesrepublikanischen Bedürfnissen veränderten ISJ sei in diesem Zusammenhang zu sehen. Er könne deshalb auch nicht abstrakt begrüßt werden, sondern habe tatsächlich eine bestimmte Entwicklung innerhalb der sozialistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik zur Voraussetzung seiner Realisierung.
Zu jener Diskussion wurde in mehreren Diskussionen eine entschiedene Gegenposition formuliert, die, da sie in verschiedenen Dokumenten mehr oder weniger deutlich wird, hier nur kurz referiert werden soll: Der SDS, ein Studentenverband, könne nicht wesentlich Aufgaben außerhalb der Hochschule und damit die Funktion einer Ersatzpartei übernehmen, also auch keine allgemeine theoretisch-politische Zeitschrift herausgeben oder mitherausgeben; ebensowenig sei es sinnvoll, sein eigenes Organ in eine allgemeine Zeitschrift zu überführen, da der Verband dann sehr bald gezwungen sei, erneut ein ähnliches Diskussionsforum wie die bisherige 'neue kritik' zu entwickeln - und zwar mit allen Anfangsschwierigkeiten, die sich beim Aufbau einer neuen Zeitschrift ergäben. Überhaupt sei eine Beteiligung des

Verbandes an einer jenseits des jeweiligen organisatorischen Zusammenhangs der einzelnen bestehenden sozialistischen Gruppierungen sich formierenden Diskussion mit der Schwierigkeit verbunden, daß die augenblicklich gegebenen Arbeitsmöglichkeiten des SDS weitgehend verschüttet werden könnten; denn diese beruhten darauf, daß der Verband nicht mit bestimmten politischen Positionen, die außerhalb der Hochschule - wie z.B. schon in der geplanten allgemeinen Zeitschrift - einen konkreten organisatorischen Ausdruck fänden, identifiziert werde, sondern lediglich als links von der SPD relativ lose organisierter Studentenverband gelte. Dieser unscharfen Bestimmung müsse auch die 'neue kritik' und deren Redaktion Rechnung tragen. Die Zeitschrift des Verbandes sei eine 'Lehrwerkstatt' für künftige sozialistische Autoren, deren Produktion im Rahmen der Redaktionsarbeit zu fördern sei, nicht aber von vornherein einer strengen Konzeption der Zeitschrift konfrontiert werden dürfe, um sie nicht zu behindern.
Das Projekt der 'Studentenzeitung' und die Tatsache des Junktims zwischen ihr und dem Projekt einer Veränderung der 'neuen kritik' war in all jenen Diskussionen nur am Rande behandelt und leider auch, zum Schaden der jeweiligen Argumentation, in den meisten schriftlich fixierten Diskussionsbeiträgen übergangen worden. Der offenbar wichtigste Einwand gegen die 'Zeitung' - der dann auch in die Vorstellung einging, das Blatt müsse wohl eher den Charakter einer Zeitschrift als den einer Zeitung haben - gab zu bedenken, daß primär theoretische Beiträge, die etwa die Form von Seminararbeiten hätten oder doch aus diesen hervorgegangen seien, jedenfalls in die Struktur einer Zeitung nur schwierig einzufügen seien. Andererseits wurde aber geltend gemacht, daß derartige Arbeiten je nach dem von ihnen behandelten Gegenstand und bei entsprechender Anpassung ihrer literarischen Form in einer der beiden Publikationen ihren Platz finden könnten und müßten.
Ende Dezember erfolgte die Klärung der finanziellen Probleme. Es stellte sich heraus, daß eine auf breitere Wirkung bedachte Studentenzeitschrift bis auf weiteres vom SDS nicht finanziert werden kann. Eine weitere Diskussion über die den gegebenen Bedingungen angemessene Zeitschriftenkonzeption des Verbandes und deren allgemeine politische Implikationen sollte damit jedoch nicht abgeschnitten sein.
Allein durch diesen, wie immer auch nur im Ansatz sichtbar gewordenen Zusammenhang werden die verschiedenen Überlegungen und Stellungnahmen zum Publikationswesen des SDS verständlich. An der weiteren Auseinandersetzung wird sich zeigen müssen, inwieweit die Positionen der Genossen, die die Auseinandersetzung mit der SPD geführt und den Verband erhalten haben, auch den gegenwärtigen Aufgaben des Verbandes noch gerecht werden. Es wäre falsch, die erneute Diskussion um die Funktion des Verbandes als einen 'Generationenkonflikt' aufzufassen, selbst wenn sie sich in einigen Aspekten als solchen darstellt. Die Diskussion der vergangenen zwei Monate hat gezeigt, daß sie a u c h sachlich geführt werden kann - zur produktiven Aufarbeitung von Gegensätzen, zur Präzisierung von Konzeptionen hat sie entscheidend beigetragen.

Dokumentation zur Zeitschriftendiskussion

1) Auszug aus dem Beschlußprotokoll der Bundesvorstandssitzung vom 27./28.11.1965:

P u b l i k a t i o n s w e s e n.

a) Helmut Schauer wird beauftragt, Vorgespräche darüber zu führen, ob die Möglichkeit besteht, die zu einem zentralen Diskussionsorgan der westdeutschen Sozialisten weiterentwickelte nk zur deutschen Ausgabe des ISJ zu machen, wobei der Anteil der übernommenen Beiträge aus dem ISJ die Hälfte bis zwei Drittel der Zeitschrift ausmachen könnte. Dabei ist insbesondere festzustellen, wie die Möglichkeit unserer Beteiligung an der Internationalen Redaktion wäre....

b) Eine Kommission erarbeitet zu diesem Projekt eine Konzeption. Sie wird vom BV ernannt, der dazu folgende Genossen vorschlägt: Ursula Schmiederer, Rüdiger Griepenburg, Frank Deppe, Karin Monte, Gunther Wegeleben, Xenia Rajewski. Die Kommission soll ihre Ergebnisse bis Mitte Januar vorlegen.

c) Die Vorsitzenden sollen bei der Ende Januar stattfindenden Bundesausschußsitzung des Sozialistischen Bundes die Möglichkeit gemeinsamer Herausgabe der veränderten nk feststellen.

d) Die Vorsitzenden werden beauftragt, vorläufig aus Frankfurter Genossen eine Kommission zu bilden, die über strukturelle, redaktionelle, technisch-finanzielle und den Absatz betreffende Fragen einer Studentenzeitung des SDS Vorschläge bis zur nächsten BV-Sitzung erarbeiten soll.

Diese Kommission wird zugleich damit betraut, für SDS-Mitglieder und den engeren Kreis der am SDS interessierten Studenten erstmals im Januar ein Blatt herauszubringen, in dem besonders Nachrichten und Kommentare über Vorgänge an den Hochschulen und den Gruppen des SDS gebracht und die Diskussion über die Politik des SDS geführt werden soll.

E i n s t i m m i g b e s c h l o s s e n.

2) Brief von Jürgen Seifert an Helmut Schauer, v. 12.12.1965:

Lieber Helmut, -

anliegend übersende ich Dir einen Brief an den Bundesvorstand, von dem ich eine Abschrift an die Beiratsmitglieder und die Redaktion der 'neuen kritik' sowie an Wolfgang Abendroth, Lelio Basso und Fritz Lamm schicke.

Ich würde es bedauern, wenn Ihr diesen Brief als Einleitung einer Kampagne gegen den BV betrachten würdet. Es geht uns nicht darum, eine bestimmte Politik im Verband durchzusetzen oder dergleichen, sondern vor Schritten zu warnen, deren Konsequenzen deutlich ausgesprochen werden sollten. Weil die Aufgabenstellung der eingesetzten Kommissionen bereits gewisse Vorentscheidungen bedeutet, schien es uns erforderlich, formell an den BV zu appel-

lieren. Um keine Fronten entstehen zu lassen, halten wir es für sinnvoll, uns nicht an die Verbandsöffentlichkeit zu wenden.

Ich halte es für wichtig, daß wir einen Weg finden, über die zwischen Dir und insbesondere Michael Vester und Thomas von der Vring bestehenden sachlichen Differenzen hinweg im Verband die K o o p e r a t i o n fortzusetzen, die beispielsweise den Bonner Notstandskongreß getragen hat. Ich halte es für den Verband für verhängnisvoll, wenn im SDS die Frontstellungen fixiert würden, die in Deinem Rechenschaftsbericht auf der DK zum Ausdruck kommen.und die auch Deine Äußerungen in dem Gespräch am 8.Dezember 1965 wesentlich bestimmt haben.

Ich würde es begrüßen, wenn wir nach Deiner Rückkehr aus Italien einmal über die zur Diskussion stehenden Fragen sprechen würden.

Es grüßt Dich

gez. Dein Jürgen

3) Brief von 19 Unterzeichnern an den Bundesvorstand, v.12.12.1965:

Liebe Genossen,

wir haben erfahren, daß der Bundesvorstand beabsichtigt, die Herausgabe der 'neuen kritik' in der bisherigen Form einzustellen und die 'neue kritik' unter Beibehaltung des Namens in eine deutsche Ausgabe des "International Socialist Journal" (ISJ) zu überführen....

Wir begrüßen es, wenn eine deutsche Ausgabe des ISJ jetzt finanziert werden könnte. Eine deutsche Ausgabe der internationalen sozialistischen Zeitschrift könnte die theoretische Diskussion der westdeutschen Linken voranbringen und auch Bedeutung haben für die Fortentwicklung des SDS. Vermutlich gibt es Genossen, die bereit sind, die Redaktionsarbeit für dieses neue Organ auf sich zu nehmen. Wir sind bereit, eine deutsche Ausgabe des ISJ nach unseren Kräften zu unterstützen.

Wir haben jedoch erhebliche Bedenken gegen die Preisgabe der 'neuen kritik' als Verbandsorgan des SDS und die Verschmelzung der bisherigen 'neuen kritik' mit dem ISJ. Ein sozialistischer Studentenverband braucht ein eigenes Organ. Dieses Organ wird allen Erfahrungen nach immer "theoretischen" Charakter besitzen. Das Ansehen des SDS in der Öffentlichkeit wurde bisher wesentlich mitbestimmt durch den"Standpunkt" und die 'neue kritik'. Beide Organe haben auch immer beigetragen zum Selbstverständnis des Verbandes. Der SDS hat in einem langwierigen Prozeß seine Unabhängigkeit erkämpft und immer wieder verteidigt. Die Überführung des Verbandsorgans in das Organ einer nicht vom SDS bestimmten politischen Tendenz hat Konsequenzen für die politische Unabhängigkeit und Relevanz des SDS.

Eine als deutsche Ausgabe des ISJ erscheinende 'neue kritik' würde selbst mit einem westdeutschen Teil die Funktion eines Verbandsorgans nicht mehr erfüllen. Aus der organisierten Hochschulöffentlichkeit würde die 'neue kritik' dadurch fast völlig verdrängt. Beispielsweise wäre für Beiträge, die speziell die Politik an den deutschen Hochschulen und

dem engeren Bereich der Hochschulpolitik betreffen, in einem solchen Organ kaum Platz. Zugleich würde eine Instanz zerschlagen, die in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen hat, Studenten aus dem SDS auch zu sozialistischen Autoren zu machen. Ein sozialistischer Studentenverband braucht eine derartige "Lehrwerkstatt". Sowohl der"Standpunkt" als auch die 'neue kritik wurden wesentlich getragen von der Identifizierung der Redaktionsmitglieder mit dem Organ. Das Bewußtsein, selbst eine Zeitschrift zu machen, ist eine wesentliche Triebkraft dafür, die Vielfalt der technischen Kleinarbeit - ohne Entgelt - auf sich zu nehmen. Das ISJ, in dem lediglich ein kleiner Teil selbst gestaltet werden soll, schließt eine derartige Identifizierung aus.

Die 'neue kritik' hat auf Grund des Fehlens einer theoretischen sozialistischen Zeitschrift in der Bundesrepublik eine besondere Funktion erlangt. Sie wendet sich jedoch in erster Linie an Leser, die durch die 'neue kritik' erst Zugang zur sozialistischen Diskussion finden. Das ISJ ist ein auf einen anderen Leserkreis bezogenes Organ von Sozialisten, die die sozialistische Theorie für Westeuropa aktualisieren wollen. Eine Liquidierung der bisherigen 'neuen kritik' würde unweigerlich - früher oder später - zur Neugründung einer theoretischen SDS-Zeitschrift führen. Die ersten Nummern des "Standpunkt" und der "neuen kritik" zeigen, welche Probleme dabei entstehen.

Die Satzung des SDS kennt keinen Ältestenrat. Ein Einspruch gegen eine vom Bundesvorstand beschlossene Maßnahme kann lediglich durch eine Delegiertenkonferenz erfolgen. Auf der letzten Delegiertenkonferenz ist die für den Verband zentrale Zeitschriftenfrage von niemandem zur Diskussion gestellt. Aus diesem Grund sehen wir - als Mitglieder früherer Bundesvorstände und als ehemalige verantwortliche Redakteure des "Standpunkt" und der "neuen kritik" - uns veranlaßt an den Bundesvorstand zu appellieren, sein Vorhaben nicht ohne einen zustimmenden Beschluß einer Delegiertenkonferenz durchzuführen und keine Maßnahmen zu ergreifen, die einen derartigen Beschluß präjudizieren.

gez.:

1. Günter Kallauch (1. Vorsitzender 1959/60; 2. Vorsitzender 1958/59)
2. Michael Schumann (1. Vorsitzender 1960/61)
3. Diether Sterzel (1. Vorsitzender 1962/63)
4. Manfred Liebel (1. Vorsitzender 1963/64; verantw. Redakteur der "neuen kritik" 1961/62)
5. Michael Mauke (Redakteur des "Standpunkt")
6. Heinz Grossmann (Redakteur des "Standpunkt")
7. Jürgen Seifert (v. Redakteur der nk 1960, Mitglied des BV 1958/59)
8. Peter Märthesheimer (v. Redakteur der nk 1961)
9. Jürgen Schaltenbrand (v. Redakteur der nk 1962)
10. Siegfried Rock (v. Redakteur der nk 1962/63)
11. Michael Vester (v. Redakteur der nk 1963; 2. Vorsitzender 1960/61)
12. Thomas Leithäuser (v. Redakteur der nk 1963/64)
13. Hans Peter Riesche (v. Redakteur der nk 1964)

14. Monika Seifert (Mitglied des BV 1958/60)
15. Peter Brokmeier (2. Vorsitzender 1961/62)
16. Helmut Lessing (2. Vorsitzender 1963/64)
17. Elisabeth Lenk (Referent des BV 1962/63)
18. Thomas von der Vring (Referent des BV 1960/61)
19. Wolfgang Nitsch (Mitglied des BV 1960/61)

Oskar Negt teilte mir mit, daß er seine Bedenken gegen eine Veränderung Mitgliedern des Bundesvorstandes selbst dargelegt habe.

F.d.R.:

gez. Jürgen Seifert

4) Brief des Bundesvorstands an die 19 Unterzeichner, v. 14.12.1965:

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir bestätigen den Eingang Eures Briefes und danken Euch für Euren Beitrag zu der einzuleitenden Diskussion über aktuelle Perspektiven der Politik des SDS und die in diesem Rahmen zu diskutierende Rolle der 'neuen kritik'.

Der Bundesvorstand bereitet eine ausführliche Darlegung einer vorläufigen Konzeption für die Verbandsöffentlichkeit vor und wird diese bald zu einer eingehenden Diskussion vorlegen.

Wir werden Euch die dazu entwickelten Beiträge zuschicken und würden uns freuen, wenn Ihr Euch dann bei korrekter Kenntnis auch unserer Überlegungen, an der Diskussion beteiligen würdet.

Mit besten Grüßen

gez. Helmut Schauer

5) Rundbrief von vier Marburger Genossen an die Gruppen des SDS, v. 10.1.1965:

Liebe Genossen,

einer Initiative der Frankfurter Genossen Jürgen Seifert, Manfred Liebel und Jürgen Schaltenbrand vom 7.12.1965 folgend, unterzeichneten 19 Altfunktionäre des SDS einen Brief an den amtierenden Bundesvorstand des SDS, der wegen seines politischen Gehaltes, in diesem Fall hinter einer weitgehend apolitischen Argumentation verborgen, und der Wichtigkeit des Gegenstandes, den der Brief behandelt, verdient, innerhalb des SDS bekannt zu werden. Wir fügen eine Abschrift als Anlage bei. Es scheint uns notwendig, nicht nur den Inhalt dieses Briefes, sondern mehr noch seine - bewußten oder unbewußten - politischen Implikationen, seine Konzeption der Arbeit sozialistischer Studenten in der Bundesrepublik, im Verband zu diskutieren.

I

Im einer bestimmten Phase der Entwicklung des SDS zerfiel der Verband in drei Gruppierungen: eine rechte (die später den SHB gründete), eine "linke" (um konkret) und eine mittlere. Die Mittelgruppe, zu der der größte Teil der Unterzeichner des Frankfurter Briefes gehörten, hat damals nach der Spaltung weitgehend zur Erhaltung des SDS als selbständiger Organisation beigetragen. Durch die Einführung von Arbeitskreisen im SDS, intensive Integrationstätigkeit und organisatorische Arbeit wurde das Auseinanderfallen des SDS nach der Gründung des SHB von ihnen verhindert. In dieser Situation waren notwendigerweise organisatorisches Denken, nachdrückliche Betonung der Hochschularbeit als wesentliche Aufgabe des SDS und die - wenn auch negative - Ausrichtung an der SPD die Hauptbestandteile der Verbandspolitik. Es galt damals vor allem, Kontakte zu den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Jugendorganisationen zu erhalten und auszubauen, innerverbandliche Gegensätze mit organisatorischen Mitteln auszugleichen, die verschiedenen Gruppen und Fraktionen des Verbandes zu einen und den Verband wieder zu konsolidieren.

Doch hat sich nach unserer Auffassung seit dieser Zeit ein Wandel der Funktion und der Struktur des SDS ergeben, der von den Unterzeichnern des Frankfurter Briefes entweder nicht reflektiert, oder zumindest nicht mit den daraus notwendig folgenden Veränderungen der innerverbandlichen Diskussion und Kommunikation verknüpft wird. Der Brief und die Umstände seiner Entstehung erscheinen uns bezeichnend für die inzwischen funktionslos gewordene Technik innerverbandlicher Kommunikation und Meinungsbildung, wie sie in der damaligen Situation der organisatorischen Auseinandersetzung mit der SPD notwendig war. Anstatt die Diskussion in den SDS-Gruppen zu führen - soweit die Unterzeichner einen solchen Kontakt überhaupt noch haben -, sie damit demokratisch allen zugänglich zu machen und zur Teilnahme aufzurufen, wird von esoterischen Gruppen mit dem BV kommuniziert und werden ehemalige Funktionen auf autoritäre Weise präsentiert; diese Form verbandsinterner Kommunikation über ausgesprochen zentrale Verbandsprobleme scheint uns sowohl dem generellen Anspruch als auch der realen Situation des Verbandes völlig unangemessen. Öffentliche Diskussion wird hier tendenziell durch partikulare Pression ersetzt. Es hat den Anschein, als dokumentiere sich in derartigem Vorgehen ein in der sozialdemokratischen Tradition wohl verankertes Denken, nach dem politische Diskussionen tunlichst auf die Honoratiorenebene beschränkt bleiben und ihre Ergebnisse als Resultante des Fraktions-Kräfteparallelogrammes aufgefaßt werden.

II

Es scheint uns, daß sich hinter derartigen Formen politischer Auseinandersetzung bestimmte politische Vostellungen über die Funktion des SDS verbergen. Es werden Ansichten vorgetragen, die für den SDS vielleicht gültig waren, als er noch der Studentenverband der SPD war, eingebettet in ein Organisationssystem, innerhalb dessen es Mobilität, Auf- und Umstiegchancen gab. Auf die heutige Situation übertragen folgt aus diesem Schema, den SDS als relativ neutralen Studentenverband zu betrachten, dessen ehemalige Mitglieder dann je nach Belieben politische Entscheidungen für die eine oder andere politische Organisation

treffen können, von der SPD bis zur DFU. Die Funktion des SDS wird dabei reduziert auf einen Tummelplatz angehender Politiker, die sich später auf seriöse Weise in anderen Verbänden betätigen können. Es wird damit - zumindest indirekt - dem SDS abgesprochen, eine eigene Position über die Hochschule hinaus zu entwickeln und zu fixieren. Hierfür scheint uns auch der Widerstand gegen den Plan eines Grundsatzprogrammes des SDS von seiten eines großen Teiles der Unterzeichner des Frankfurter Briefes kennzeichnend, da eine Fixierung der politischen Position eine Abgrenzung gegenüber politischen Organisationen außerhalb der Hochschule bedeutet, wie auch ein Bekenntnis zur Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Verbandes. Dieses Selbstverständnis von der politischen Tätigkeit im SDS entspricht in gewisser Weise einem Verständnis, das teilweise von sozialdemokratischen Parteigliederungen und in der liberalen Presse ausgedrückt wird: der Kampf für eine demokratische Gesellschaft sei als Ergebnis jugendlichen Elans und intellektueller Freude am Basteln utopischer Systeme eine entschuldbare Jugendsünde. Die politische Konzeption, die dieser Brief enthält, bedeutet nach unserer Auffassung auch insofern ein Festhalten an den traditionellen politischen Aktivitäten der Arbeiterbewegung, als Strategie und Taktik sich am Parlamentarismus orientieren. Von daher wird der SDS als eine Organisation der Opposition im vorparlamentarischen Raum gesehen, als ein Übergangsstadium, während sich die eigentliche Relevanz politischen Verhaltens für diese Konzeption erst zeigt in der Möglichkeit, auf Parteien und Verbände einzuwirken, wie sie im parlamentarischen Raum etabliert sind. Die Organisationen der Arbeiterbewegung haben sich - mindestens in der BRD - zunehmend mit dem bürgerlich-parlamentarischen System identifiziert und durch eine nahezu vollkommene Integration ins etablierte System jede Formulierung politischer Alternativen aufgegeben, die noch andere Möglichkeiten politischer Wirksamkeit annehmen. Eine Auffassung von sozialistischer Politik, die sich taktisch weiterhin an der SPD zu orientieren sucht, beruht auf einer unrealistischen Betrachtung der Verwirklichungsmöglichkeiten einer echten Demokratie in der spätkapitalistischen Gesellschaft. Von da aus wird notwendig die Rolle der SPD und der Gewerkschaften in diesem System verkannt, daß nämlich im institutionellen Rahmen dieser Organisationen alternative politische Positionen und Aktionen nicht länger möglich sind. So muß die Vorstellung, man könne innerverbandlich oder innerparteilich die Opposition stärken, schließlich selbst zur schrittweisen Anpassung an die Politik der SPD, an das parlamentarische System und an die etablierten Herrschaftsverhältnisse führen, mit dem Verzicht auf sozialistische Opposition, die gesellschaftsverändernd wirken will, auch wenn sie vorerst organisatorisch schwach ist. Hierfür symptomatisch scheinen uns einige Positionen während der Diskussion um die Notstandsgesetze gewesen zu sein, in denen von der uneingeschränkten Ablehnung dieser Gesetzesvorhaben mit dem Argument abgegangen wurde, man könne dann nicht mehr auf die SPD und die Gewerkschaften einwirken; das könne man nur dann, wenn man ein "besseres" Notstandsgesetz vorlege. Generell hat sich der SDS mit seiner Politik in der Notstandsdiskussion kaum von bestimmten sozialdemokratischen oder liberalen Gruppierungen abgehoben oder gar als Verband eine diesen unterschiedene politische Stellungnahme bezogen. Es wurde nicht versucht, den sozialökonomischen Hintergrund der geplanten Verfas-

sungsänderung deutlich zu machen; die inkonsequente Praxis der Gewerkschaften blieb ohne Kritik.

III

Der SDS - als eine Gruppe von Intellektuellen - versucht, die Grundlagen seiner politischen Positionen mit der Methode und den Analysen des wissenschaftlichen Sozialismus zu erarbeiten. Die Form der Arbeit unterscheidet ihn von den anderen Studentenverbänden und hat damit Konsequenzen für seine praktische Politik. Der institutionelle Rahmen des reinen Hochschulverbandes wird gesprengt und der SDS übernimmt politische Funktionen, die ihn auf das Niveau anderer deutscher und westeuropäischer unabhängiger sozialistischer Gruppierungen heben: er übernimmt einen Teil der Funktionen, die solche Organisationen haben.

Die Funktionserweiterungen machen eine organisatorische Neubesinnung (deren erste Resultate durch die Bemühung, sich auf lange Sicht organisatorisch und finanziell durch Druckerei und Verlag unabhängig zu machen, schon bestehen) und auch eine Reflexion der Kommunikation und Diskussion im Verband unumgänglich. Bezeichnend für die Unsicherheit bei der Einstellung auf diese neue Situation scheint uns die linkische Reaktion des BV (mit Ausschlußdrohungen) auf erste unreflektierte Versuche, Konsequenzen aus dieser Situation zu formulieren und zu praktizieren (etwa in München). Die Ansätze zur Diskussion, die durchaus vorhanden sind (in München, Berlin, Marburg, teilweise auch in Köln) müssen ernst genommen werden, wenn im Verband ein realistisches Selbstverständnis geschaffen werden soll. In diesem Zusammenhang muß auch auf den Diskussionsbeitrag von Michael Vester ("Die Strategie der direkten Aktion", neue kritik, Nr.30) verwiesen werden, der versucht, einen - wenn auch nach unserer Auffassung unzulänglichen - Weg aufzuzeigen, der helfen kann, die bestehende Diskrepanz zwischen gesellschaftlicher Funktion des SDS und der derzeitigen Organisation seiner Arbeit zu überbrücken.

Charakteristisch scheint uns auch, daß die bisherigen Methoden innerverbandlicher Kommunikation unzureichend waren, um diese Diskussion ernsthaft in den Verband zu tragen. Diskutiert werden sollten neue Formen der innerverbandlichen Diskussion und Kommunikation; die quasi-konspirative Form von Briefen, die nach Erpressung aussehen, wird sinnlos, notwendig wird die offene Diskussion, die jeweils im Gesamtverband geführt werden muß und sich nicht länger auf einzelne Gruppierungen im Verband beschränken kann, die sich durch frühere Titel oder Ämter besonders legitimiert fühlen.

IV

Erst in diesem Zusammenhang stellt sich dann tatsächlich die Frage nach der Funktion der nk, die vermeintlich sowohl die theoretische Diskussion führt, als auch Studentenzeitung als auch "Integrationsorgan" sein soll. Der Frankfurter Brief umgeht hier schlicht die entscheidenden Probleme, wenn er vorgibt, man könne diese Diskussion als eine von administrativen und technischen Fragen abtun. Solange Ansätze der innerverbandlichen Diskussion - mit Rundschreiben und Einzelbriefen - außerhalb des "Verbandsorgans", das in seinem Selbstverständnis für den Verband integrativ wirken will, geführt werden, muß man sich fragen, ob nicht auch die Form des Verbandsorgans von

Vorstellungen geprägt ist, die wir als veraltet und funktionslos betrachten. Als die nk an die Stelle des Standpunkt trat, wurde eine neue Phase der Entwicklung des SDS markiert. In seiner jetzigen Phase der Entwicklung braucht der SDS eine Zeitschrift, die die Funktion des SDS als einziger intakter sozialistischer Organisation der Bundesrepublik reflektiert und ständig mit der Neuen Linken außerhalb der Bundesrepublik vermittelt. Bezeichnenderweise hat die nk ihre sich selbst gegebene Aufgabe nicht erfüllt und die Ansätze einer echten innerverbandlichen Diskussion nicht aufgenommen; ihr derzeitiger Rahmen würde durch solche Diskussionsbeiträge gesprengt. Geht man davon aus, daß die Diskussion, die der SDS führen muß, auch für andere sozialistische Gruppierungen in der Bundesrepublik (und darüber hinaus) relevant ist, und daß diese Diskussion nicht in der Form von Briefen oder Rundschreiben geführt werden kann, so muß man sich fragen, ob sich nicht hier bereits zeigt, daß die nk in ihrer jetzigen Prägung nicht mehr imstande ist, ihre eigentlichen Funktionen zu erfüllen.

Von diesem Standpunkt aus halten wir formal und inhaltlich den Brief der 19 Genossen für verfehlt: er geht an den eigentlichen Problemen vorbei und beschäftigt sich sozusagen mit "immanenten" publizistischen Fragen, obwohl es sich um grundsätzliche theoretische, politische und organisatorische Fragen über die Zukunft des Verbandes handelt. Entweder sind die 19 Unterzeichner wirklich unpolitisch, oder aber sie versuchen ihre politischen Vorstellungen und Ziele mit paternalistischer Besorgnis um das Wohlergehen einer Zeitschrift zu kaschieren, die im Verband keine sehr große Rolle spielt. Beide Positionen müssen kritisiert werden. Es stimmt beispielsweise nicht, daß die nk eine "Lehrwerkstatt" für junge Genossen ist: 1. schreiben kaum junge Genossen, 2. wenn junge Genossen schreiben, kommen sie aus einem ganz homogenen Kreis, was sich thematisch und stilistisch äußert. Es stimmt auch nicht, daß die nk integrative Funktionen erfüllt. Dazu ist sie in ihrem Inhalt viel zu einseitig. Ihr Informationswert ist gering. Über den SDS erfährt man so gut wie nichts; über die Situation an den Hochschulen kaum mehr. Was sich als theoretische Diskussion ausgibt, ist weitgehend der Monolog weniger und theoretisch nur für wenige Gruppen im SDS interessant (welcher Nichtsoziologe könnte sich durch die nk angeregt fühlen?).

Bezeichnenderweise erscheinen wichtige Artikel von SDS-Mitgliedern (und das gilt auch für einen recht bedeutenden Teil der 19 Protagonisten der nk in ihrer derzeitigen Form) in anderen Zeitschriften: den Frankfurter Heften, den Werkheften, dem Argument usw. Betrachtet man allerdings die nk als journalistische Pflanzschule und als Tummelplatz für werdende kritische Kritiker, so beleuchtet das auf andere Weise zugleich die politischen Funktionen, die dem SDS selbst zugeschrieben werden: als Organisation, die sich zwar an den Universitäten tummelt, die aber in der eigentlichen politischen Auseinandersetzung nur Randwert besitzt.

Nach unserer Meinung kann eine sinnvolle Diskussion sowohl um die publizistischen Möglichkeiten des Verbandes als auch um die politischen Aktivitäten nur dann entstehen, wenn versucht wird, die diversen politischen Konzeptionen im SDS klar zu machen. Man wird dabei - im derzeitigen Stadium - nicht erwarten können, daß schon vollständige neue Konzeptionen vorliegen; diese gilt es vielmehr zu erarbeiten. Unserer Auffassung nach sollte sich die Verbandsdiskussion vorrangig auf folgende Themenbereiche konzentrieren:

Analyse der politischen Funktion des SDS, die notwendig seinen Charakter als Studentenverband

überschreitet. Analyse der Konsequenzen, die aus dieser Entwicklung gezogen werden müssen. Um die Position und die Aufgaben des Verbandes bestimmen zu können, wäre eine intensive Diskussion um den Entwurf eines Grundsatzprogrammes zu führen. Diskussionen um Formen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit sozialistischen Gruppierungen in der Bundesrepublik und Organisationen der Neuen Linken in Westeuropa. Anpassung der organisatorischen Struktur des Verbandes an seine neuen Aufgaben und Funktionen (im Hinblick auf die Gesamtstruktur des Verbandes, die innerverbandliche Kommunikationsstruktur usw.).

Allein in einem solchen Kontext, so fragmentarisch er auch noch sein muß, ist eine Diskussion um das Verbandsorgan des SDS sinnvoll. Er muß selbstverständlich im Verlauf der Diskussion präzisiert und auf seine realen Möglichkeiten überprüft werden. Die Projekte und Initiativen des Bundesvorstandes, so tastend sie im einzelnen auch sein mögen, haben unserer Ansicht nach die Probleme der neuen Situation des SDS erkannt und versuchen, daraus Schlußfolgerungen zu ziehen. Es ist bedauerlich, daß sie bisher im Verband anscheinend nichts anderes hervorgerufen haben als das Lamento einiger Genossen, die den SDS auf eine bestimmte Position und Funktion, die er im Laufe seiner Entwicklung einmal erhalten hatte, fixieren wollen.

gez. Ursula Schmiederer
Eberhard Dähne
Frank Deppe
Rüdiger Griepenburg

6) Brief von Fritz Lamm an Jürgen Seifert, v. 26.12.1965:

Lieber Jürgen -

Der Empfang des Durchschlages Eures Briefes hat mir wieder gezeigt, wie weit ich eigentlich von der internen Problematik und Diskussion von SDS - und ehemaligen - entfernt bin, was sicherlich auch auf die örtliche Entfernung und darauf zurückzuführen ist, daß es hier in Stuttgart nur ein kleines, schwer um Existenz ringendes, SDS-Aktiv gibt. Es kommt hinzu, daß ich ja proletarisch-unakademischen Geistes und verhinderter Herkunft bin, den SDS also nie durch eigene Vergangenheit "erlebt", noch die Hochschul-Universitätsatmosphäre je ganz richtig geschmeckt habe. Dennoch fühle ich mich so verbunden und verpflichtet, daß ich doppelt dankbar bin, daß Du mir Euren Brief geschickt hast. Damit hast Du mich auch für würdig befunden, meine Meinung dazu zum besten (?; - also zum guten) zu geben.

Bevor ich zur Sache etwas schreibe, möchte ich einige"atmosphärische" Punkte berühren.

Ich hätte es mehr begrüßt, wenn die Kritik am vermeintlichen Vorhaben des SDS-Vorstandes von Dir ausgegangen wäre - und nicht von zwanzig Alt-Genossen. So entsteht bei mir - wie so oft in der sozialistischen Jugend- und Jungbewegung der Eindruck, als ob ältere Genossen aufgrund ihrer eigenen Bindungen und Verdienste in der Vergangenheit nur schwer selbständige Entwicklungen, die oft auch durch veränderte objektive Bedingungen gegeben sind, fördern könnten, daß sie eher nei-

gen, konservativierend anstatt fördernd zu wirken. Es kommt auf die Argumente an, nicht auf die Namen, nicht auf die Traditionen. Wir müssen uns davor bewahren, so zu erscheinen, als schlügen wir wie Hennen mit den Flügeln, die am Ufer stehen und mitansehen müssen, wie von ihnen ausgebrütete Enten aufs Wasser gehen.

Es zeigt sich, wie bedauerlich es ist, daß es keine Förderergesellschaft gibt; - Ihr nennt es "keinen Ältestenrat". Damit erhebt sich erneut die Frage, ob es nun nicht an der Zeit ist, den SB doch das werden zu lassen, was er eigentlich hätte sein sollen. Die Tagung am 6./7. November (zu der zu kommen ich leider verhindert war) scheint ein guter - sehr später - Anfang von richtiger Besinnung auf die eigentliche Aufgabe zu sein. Er sollte uns ermöglichen, in vernünftiger Richtung im SB zu wirken. Die Schwäche des SB war unter anderem dadurch gekennzeichnet, daß die aus dem SDS herauswachsenden Genossen dort keine Bindung fanden....

Der SDS ist aus der Anti-SB-Periode heraus. Er ist ein selbständiger sozialistischer Verband. Für eine allgemeine politische Praxis fehlt aber in der Bundesrepublik jegliche Voraussetzung. Es gibt weder die Partei, noch die Gruppe, noch die Fabian-Society, in der - auch individuell - der ältere SDS-ler, vor allem aber auch der Verband als ganzes seine Zukunft sehen könnte. Das so nehme ich an - hat die Marburger und andere Genossen dazu gebracht - "europäisch" zu sein oder sein zu wollen, um überhaupt irgendwo zu sein,.- und doch der Gefahr zu entrinnen, deutsche Westersatz-Partei zu spielen.

Die bundesrepublikanische Atmosphäre wird wahrscheinlich noch lange so sein, daß unseren theoretischen Arbeiten und Vorstellungen keine ständig organisierte sozialistische politische Gruppierung zur Verfügung stehen wird. (Das ist in allen anderen westeuropäischen Ländern anders). Daraus ergeben sich weiterhin unbefriedigende Aspekte. Aber wir müssen uns und den jüngeren Genossen erklären, daß wir auch weiterhin in einer Wüste herumtasten werden. Solange ihnen das nicht "schicksalhaft" klar ist, solange werden auch solche Experimente und Wünsche produziert werden, wie sie sich anscheinend im Bundesvorstand und der Redaktion der nk ergeben haben....
Die "neue kritik" ist schlecht. Ich habe das einige Male kritisiert. Sie ist schlecht, weil sie nicht in deutscher Sprache geschrieben ist. Der Versuch, adornistisch-blochistisch-bensistisch zu formulieren, garantiert keine entsprechenden Inhalte, - wohl aber, daß keiner von denen das Blatt lesen wird, für die es auch geschrieben sein sollte - und die sogar nach so etwas suchen: die jüngeren Semester und die intelligenten Funktionäre in Betrieb, Gewerkschaft und linken jüngeren Gruppen....

Wenn nur das Blatt lesbar gemacht wird, sind die Probleme gelöst, ist es auch möglich, einen Leserkreis zu finden - und die Mitglieder des SDS selbst zufriedenzustellen. Durch diese "nk" werden die Mitglieder verdorben: sie werden dazu erzogen, breitgetretnen Quark für geistige Höhenflüge zu halten - und Angeberei für Tiefsinnigkeit. Viele Förderer werden die "nk" abonnieren, wenige werden sie lesen. Ein sauber geschriebenes Blatt wird aber Leser haben. Ein deutsch geschriebenes - eher tiefstapelndes - Blatt wird auch Zuschriften und Mitarbeiter finden.
Ich bin primitiv genug, darin allein die Lösung der ganzen Misere zu entdecken.

Auch der nichakademische Sozialist wird an mehr als bisher - im ganzen aber doch wichtigen - Berichten aus dem Hochschulgebiet keinen Anstoß nehmen. Er wird - wie ich von Beziehern weiß - dankbar sein, wenn die Zeitschriftenschau ausgedehnt wird, weil es ja unmöglich ist, all das zu lesen, was herauskommt.

Darum ist der Gedanke an eine neue linke Zeitschrift völlig blödsinnig. Man sollte sich eher bemühen, ein paar bestehende zusammenzulegen.....

Die "nk" muß keineswegs nur von Mitgliedern oder ehemaligen geschrieben sein; sie sollte getrost Buchkapital oder Übersetzungen bringen, deren Inhalt sich lohnt. Jedenfalls ist das viel besser - als die Schnapsidee der derzeitigen Redaktion, die meint, Dissertationen seien auch Zeitschriften-Artikel (vielleicht ist das auch nur Ausdruck von Artikel-Mangel).

Das Angebot im linksliberal-bis-sozialistischen Blätterwald richtet sich immer wieder an dieselben linken Zehntausende. Jede Zeitschrift mehr erhöht die Inflation und damit für jedes Blättchen die Auszehrungsgefahr. Ich gehe also nicht einmal so weit, wie der nichtexistente "Ältestenrat"; ich begrüße es nicht, wenn jetzt auch noch eine deutsche Ausgabe der ISJ käme, es sei denn, daß dafür zwei andere Blättchen oder Zeitschriften (oder besser 5 oder 6) sich beugten und verschwänden.

Ich bin mehr noch der Meinung der Rundbrief-Unterzeichner als sie selbst. Trotz des babylonischen Sprachstils hat die "nk" - soweit ich höre - einen guten ruf. So der SDS.

Die "nk" soll sich also weiterhin von den anderen studentischen Zeitschriften m.E. dadurch unterscheiden, daß sie anspruchsvoller ist und bleibt (gleichzeitig verständlicher wird, evtl. auch das Format so ändert, daß man es besser in den Bücherschrank und in die innere Rocktasche tun kann). Ein SDS-Studentenblatt zu machen, wie es die anderen auch haben, erhöht auch darin nur die Inflation und schafft damit keinen neuen Wert. Aktuelle Hochschulnachrichten lesen die Leute in der "Zeit" - oder sonstwo - längst bevor die "nk" sie erreicht.

Wenn es nur gelänge, der derzeitigen nk-Redaktion soviel Selbstvertrauen und Kraft zu geben, daß sie selbst "Prominente" verdeutschten und zur Klarheit zwängen. Das wäre sehr viel. Aber unsere Kräfte reichen für zwei Blättchen erst recht nicht aus. Ich bin dafür, aus dem bestehenden ein gutes, anstatt zwei getrennte zu machen, den Leserkreis aufzuspalten - und jedem weniger zu bringen.

Mir ist auch völlig unklar, warum die "nk" nicht den "Programmentwurf" veröffentlicht hat, den der Bundesvorstand der DK vorgelegt hat, warum nicht die dort gehaltenen Referate!! Wozu da ein Sonderdruck, warum ihre Probleme wegnehmen von ihren Lesern? Merkwürdig wie die eigene Unzufriedenheit gleichzeitig immer auch sonderbare Überspitzungen erzeugt, die erst recht zur Isolation drängen. Der Sonderdruck über die dk-Dokumente wird natürlich nun an viel weniger Leute herankommen - als die "nk", er wird sie finanziell extra belasten, - und den Artikel-Notstand der Redaktion nicht mindern. Wie viel besser hätte man eine oder zwei Nummern ganz der DK gewidmet, vielleicht wäre daraufhin in der"nk" sogar noch einmal eine Diskussion möglich geworden. Notfalls hätte man - bei übermäßig viel Stoff eine Sondernummer, eine Nummer mehr oder dicker machen können.

Wird die "nk" etwas wirklichkeitsnäher und lesbarer (der Hochschulrahmen ist nicht aus der Welt; die Probleme der übrigen sozialistischen Gruppen und gewerkschaftlichen Aktivität läßt sich nicht heraustrennen), dann wird sie eine sehr nützliche Aufgabe erfüllen.

Da sich der Brief an Dich so ausgeweitet hat, so ist es nicht zufällig, daß ich einen Durchschlag nun auch der Redaktion und dem Bundesvorstand zuleiten werde.

Ich hoffe,damit etwas vernünftiges beizutragen.

7) Brief von Fritz Lamm an Helmut Schauer, v.2.1.1966:

Lieber Helmut!

.... Ich sende der Redaktion und Dir, bzw. dem Bundesvorstand, auch wieder einen Durchschlag meiner Antwort an Jürgen....

Inzwischen haben die Feiertagszeiten mir eine neue Erkenntnis beigebracht. Jürgen Harrer war hier, Peter Langos. In den SDS-Gruppen schwirren Gerüchte über nk - und Differenzen, in Tübingen redet man schon von Spaltung und ähnlichem. Das ist die Folge der Geheimpolitik - und der Manier der Andeutungen. Die Arbeitslust der Genossen in den Gruppen wird kaum durch solche Ungewißheit befruchtet, weniger noch durch das Gefühl, daß "oben gemanaged" wird, daß die Mitglieder aber nicht, halb, falsch oder schlecht unterrichtet werden.

Ich bin für Klarheit und Offenheit: ideeller Vorstellungen, geschaffener Fakten und zugehöriger Pläne und Vorhaben. Ich bin für Bereitschaft zu größter Offenheit und Selbstkritik, - auch im eigenen kleinen Laden für die Tugend der Geduld....

Dein

gez.: Fritz

8) Brief von Helmut Schauer an Fritz Lamm, v. 5.1.1966:

Lieber Fritz,

.... Ich bin an Deiner Meinung in der Tat sehr interessiert, weil ich weiß, daß solche Fragen der Diskussion bedürfen.....

Vielleicht ist unsere Lage doch etwas anders, als Du es in Deinem Brief an Jürgen glaubst. Wir müssen etwas tun, Dinge in Angriff nehmen unter Bedingungen, unter denen man leicht zu weit greifen mag, wo es ja bei Marx kaum greifbare Dinge gibt. Wenn man dem tatsächlich fragwürdigen, weil leicht voluntaristischen Unternehmen huldigt, "demokratisch Bewegung schaffen" zu wollen, muß man erst selber sich bewegt, seine Einsichten wenigstens ansatzweise weiter entwickelt haben - es sei denn, man unterstellt direkte Identität von Einzelnen, Führung und "Massen". Als wir damals die Sache mit der FDJ gemacht hatten, haben wir in der praktischen Bewegung, den Verhandlungen mit der FDJ und den Vorbereitungen auf das geplante Seminar, unsere Position so genau ausgearbeitet, daß die Veröffentlichung der Dokumentation dieser Entwicklung schließlich den Verband mit einem

Schlage vollends auf eine gemeinsame Position gebracht hat. Dem war eine Auseinandersetzung vorangegangen, die auf der DK zuvor kaum weniger scharf sich aufgetan hatte als jetzt. Trotz unserer Kritik hatten unsere Vorgänger und ihre engeren Diskussionspartner nie begriffen, was mit ihnen vor sich ging, und sich unbeweglich bloß schieben und drängen lassen. Die demokratische Bewegung ist über ihre Köpfe hinweggegangen.

Hartmut und die anderen "BV-Genossen" haben schon während ich noch in Italien war, begriffen, daß es nicht genügt, die auf der ersten BV-Sitzung einstimmig gefaßten Beschlüsse, die allesamt zur genaueren Bestimmung unserer Vorstellungen gefaßt waren, einfach zu veröffentlichen. Sie hatten gemeint, daß gerade weil sonst gefährliche Reste entstehen und gerade zwecks Überzeugung - auch die Gegenauffassungen mit den unseren veröffentlicht werden sollten. Übrigens eine Politik, die wir auch die ganzen Wochen vor der DK angestrebt hatten; diese wäre ja sonst vollends irre geworden.

Wir wollen also eine Dokumentation machen, in der wir unsere Beschlüsse, die verschiedenen Äußerungen und unsere aktuellen Vorstellungen zur Diskussion stellen wollen. Die Dokumentation wird wohl Ende dieser Woche gemacht sein. Sie wäre schon weg, wenn ich nicht an einem Artikel für die nk gesessen hätte, der versucht, einige Diskussionen im SDS politisch zu erklären und diese zu fördern. In diesen ganzen Diskussionen steckt ja doch mehr als nur das Problem der nk oder ähnliche Dinge....

Die Gerüchte kommen tatsächlich daher, daß wir unsere Diskussionen immer vor der gerade - bei Sitzungen, Durchreisen, Gruppenbesuchen - vorhandenen Öffentlichkeit diskutieren. Auf eine Geheimmanier habe ich mich nie eingelassen. Aber die Unbeweglichen erschweren oft nicht nur die Bewegung im eigenen Kopf, sie erschweren es auch, "demokratische Bewegung zu schaffen", die vorantreibt. Weil sie sich Bewegung so recht nicht vorstellen können, reagieren sie immer fertig und wollen auch die anderen als Fertige behandeln. Daher vermuten sie nicht nur überall Gerüchte und ignorieren die sachliche Vermittlung der psychologischen Differenzen, sie rufen die Gerüchte erst hervor, machen aus unvollständigen Informationen bösartige Gerüchte, ohne es selber zu wollen und zu merken.....

Wir haben ja in der Zeitschriftendiskussion mindestens die Fehler von drei Jahren aufgearbeitet, und zwar nicht nur die der Zeitschrift. Die nk hat sich ja schon lange immer mehr vom Verband entfernt. Das läßt sich genau verfolgen und die erste Krise zeigt sich schon mit den von Liebel/ Lessing hektographierten "Arbeitsblättern"....

Wir werden noch eine ganze Menge mehr Selbstbewußtsein brauchen, um aus der nk die Zeitschrift des SDS und eine marxistische Zeitschrift zu machen. Man müßte ihr den Marxismus nämlich anmerken, er muß offen ausgesprochen werden; ich fürchte, wir haben ihn sonst bald vergessen. Nur Sprachprobleme. Ich bin also nicht so recht davon überzeugt, daß wir schon zu einem früheren Zeitpunkt unsere unausgegorenen Ideen und Fehler zur Beschäftigung des Verbandes hätten machen sollen. Der Verband faßt ja doch halt auch alles, was wir denken, sofort in einem Maße als verbindlich auf, daß man tunlichst zu überlegen hat, was man sagt....

Dein

gez.: Helmut

9) Brief von Michael Schumann an Helmut Schauer, v. 13.12.1965:

Lieber Helmut,

von Hannes Friedrich habe ich über die Göttinger Sitzung mit Dir gehört; leider konnte ich selbst nicht da sein, weil wir unterwegs waren. Ich möchte Dir aber doch kurz meine Meinung zu dem Zeitungsprojekt mitteilen, deswegen, weil ich dieses Projekt wirklich für äußerst unglücklich halte mit möglicherweise politisch irreparablen Folgen. Der Katalog meiner Argumente soll nicht vollständig sein - noch dazu, weil ich den Brief sehr in Eile schreibe - aber auf einige, wie mir scheint nicht unwichtige Punkte hinweisen:

1. Man kann sich über die Qualität der NK streiten. Man kann sich ebenso über die Qualität der ISJ - vielleicht noch berechtigter - streiten. Ich persönlich habe, besonders seit ich in Göttingen wohne, der NK meistens den Vorzug gegeben und fand dabei immer wieder interessante Beiträge, von denen noch dazu angenommen werden kann, daß sie kaum Chancen hätten, in einer anderen Publikation veröffentlicht zu werden. Beides kann man meiner Meinung nach, nur eingeschränkt, auch von den Artikeln in der ISJ sagen. Das angeblich zu theoretische, zu hohe, zu unpolitische usw. usw. Niveau der NK wurde immer wieder kritisiert und immer wieder wurde einiges besser gemacht und manches beim alten gelassen. Das liegt doch wohl auch an der Sache. Du z.B. hattest nun doch ein Jahr Zeit, selbst oder über neue Mitarbeiter hier Verbesserungen zu erreichen. Wenn Du jetzt resignierst, so braucht das nicht gegen die NK zu sprechen.

2. Die Zusammneführung von zwei kleinen Zeitschriften ergibt - wie viele Erfahrungen zeigen - keine große. Auf diese Weise wird keine Qualitätsveränderung vorgenommen. Wer in der ISJ schreiben will, kann das tun. Immer wieder wird man dazu aufgefordert. Und wer Zeit und Lust hat, sollte das auch tun, es ist sicher nicht unnütz. Aber dazu braucht man nicht die NK aufzulösen. Zu meinen, man könne in eine, an anderem Ort und mit anderer Konzeption redigierte Zeitschrift eine eingearbeitete Redaktion einfach überführen, scheint mir irrig. Vielmehr wäre m.E. die Auflösung der Redaktion NK die Konsequenz, was hieße, daß wieder ein bestehender Kreis politisch engagierter, zur Mitarbeit und zum Schreiben bereiter Leute durch derlei Maßnahmen quasi von außen gesprengt wird. Es wäre sicher zu überlegen, ob man eine feste deutsche Redaktion und eine deutsche Ausgabe der ISJ einrichten sollte. Man müßte die personellen und finanziellen Möglichkeiten überprüfen; das hat aber mit der NK nichts zu tun. Personell, wie gesagt, ist da kaum etwas zu holen, und finanziell wohl auch nicht. Man kann den Abonnenten, noch dazu z.T. reinen SDS-Spendern, nicht einfach eine andere Zeitschrift auf den Tisch hauen. Man sollte es auch nicht, denn auch für diesen Kreis ist es nicht unwichtig, daß die NK eine Zeitschrift des Studentenverbandes SDS ist.

3. Für den Verband selbst hat die NK ganz ohne Zweifel - welche z.T. substanzielle Kritik man immer an ihr haben kann - eine zentrale Funktion. Sie repräsentiert nach innen wie nach außen am ehesten noch den SDS als Bundesverband. Diese Wirkung könnte man sicher - warum hast Du es nicht gemacht. - noch erhöhen, aber mir scheint auch bereits für die bestehende Situation in der NK die funktionierendste und wirksamste integrierende Kraft des Gesamtverbandes zu liegen. Sicher, gemeinsame Aktionen können da vorübergehend mehr ausrichten, aber leider sind sie ja, notwendiger

weise, nur immer vorübergehend. Gerade weil die objektive politische Situation soviel Lethargie, oder sagen wir vielleicht besser - positiv - nach innen gewandte Kleingruppenarbeit erzwingt, noch dazu auch die finanziellen Möglichkeiten weitgehend fehlen, diese lokale Gruppenarbeit auf überregionaler Ebene zur häufigen Kommunikation zusammenzuführen, ist dieses vom Verband selbst gestaltete, selbst geschriebene und verantwortete Organ absolut notwendig. Man soll es verbessern aber nicht zerschlagen. Man kann überlegen, ob mehr Tagespolitik, mehr Verbandspolitik mehr internationaler Sozialismus oder mehr theoretische Probleme darin erörtert werden sollen, aber auf der Basis der Möglichkeiten in der bestehenden Zeitschrift.

4. Eine Trennung in: hie NK Theorie und aktuelle Politik kommt in ISJ, hie NK SDS und Hochschulpolitik kommt in "info", ist unrealistisch, man könnte auch sagen: ist ein Taschenspielerkniff. Dieses abgezogene "info" hat nie gelebt, man hat es, wenn es mal erschien, überflogen, aber nie gelesen. Dafür war es wohl auch nicht eigentlich gedacht. Zu meinen, es könne einen Teil der NK nun übernehmen, ist einfach grotesk. Da scheint mir wirklich, dieser Vorschlag soll nur ablenken vom eigentlichen Vorhaben. Wenn man aber aus dem "info" eine neue NK machen will, dann laßt uns doch lieber bei der alten NK festhalten, auch wenn man vorhat, einen neuen Kreis mit einer SDS-Zeitschrift anzusprechen.

5. Einen letzten Punkt, Helmut, der vielleicht etwas böse klingt, aber warum sollte ich nicht darüber schreiben, wo auch mir nittlerweile diese Vermutung naheliegt. Ist dieser Schritt, die Zusammenlegung der NK mit der ISJ, nicht letztlich eine Maßnahme, mit der Du ganz anderes erreichen willst, als Du nach außen vorgibst. Verbergen sich dahinter nicht doch vornehmlich personalpolitische Erwägungen. Ist es der Weg und die unauffälligste Lösung, um mit dem Mitarbeiterkreis und den Redakteuren der NK fertig zu werden, die von Deiner Konzeption abweichende politische Vorstellungen haben und Dich auf der DK damit herausforderten und Deine Position im Verband gefährden. Ich bin nicht ganz sicher, aber dafür spricht einiges. Wenn es aber der Fall ist, dann wäre es das schlechteste Zeugnis, was Du Deiner eigenen Arbeit im Verband ausstellen kannst. Dann würde ich auch zu jenen gehören, die bereit sind, daraus politische Konsequenzen zu ziehen, indem sie auf einer außerordentlichen DK den Verband fragen, ob ein solcher Vorsitzender tragbar ist.

Ich würde mich freuen, von Dir eine Antwort zu erhalten.

Mit besten Grüßen

gez.: Michael

<u>10) Brief von Helmut Schauer an Michael Schumann, v. 7.1.1966:</u>

Lieber Michael,

Ich habe mich eigentlich über Deinen Brief gefreut, weil er, anders als der ungerechtfertigt aufgeregte und dazu noch schlecht informierte Ältestenratsbrief, die Diskussion fördert....
Natürlich haben die ganzen Diskussionen zur Zeitschriftenfrage verquer und mit sozialpsychologischem Zündstoff an vielen Stellen geladen, angefangen. Es war aber immer meine zentrale Auffas-

sung: die nk muß wieder näher an den Verband herangebracht werden, wenn die politische Konfusion, die nicht nur in ihr selber, sondern auch schon auf der DK sich gezeigt hat, überwunden werden soll. Die nk ist zum Teil mitgenommen worden von den älteren Genossen, die sich nicht immer ganz klar machen, wie weitreichend - teilweise auch in der politischen Tendenz - die in den letzten Jahren im Verband eingetretenen Veränderungen sind. Sie konnte sich deshalb auch weiter verselbständigen, weil andererseits ihr ursprünglicher politischer Ausgangspunkt, der ja doch vor allem die Frankfurter Gruppe war, außerordentlich desinteressiert ist, als eigene politische Größe kaum mehr besteht...

Schließlich trifft uns selbst ein wesentlicher Teil der Schuld an der Entwicklung der nk, weil wir die Tendenz vom SDS weg zur großen Strategie, die schon mit Liebel einsetzte, der die wirklichen Diskussionsbeiträge in die hektographierten "Arbeitsblätter" abschob, weiterlaufen ließen, ihr womöglich noch Vorschub leisteten. Die nk ist so schon eine ganze Weile nicht mehr wirklich das"vom Verband selbst gestaltete, selbstgeschriebene und verantwortete Organ."

Solange der SDS sich politisch doch noch etwa bestimmen konnte aus der Differenz zur SPD war es weniger folgenreich, wenn die nk in ihren Beiträgen gewissen Sonderinteressen folgte, die sie freilich nie ignorieren kann. Gerade zu der Zeit, als der Verband über seinen Streit mit der SPD relativ große politische Homogenität erreichte, war die ja doch weitgehend das Selbstverständnis der Frankfurter Gruppe repräsentierende nk für den Verband in hohem Maße integrierend. Das drückt sich übrigens auch in den ersten Nummern bis etwa zur Ära Dähne aus. Bis dahin ist die Zeitschrift in der Tat das Organ des SDS und entsprechend lebendig. In der Folge wird aber das Verhältnis immer unbestimmter.

Die DK war nicht in erster Linie gekennzeichnet von der Auseinandersetzung eindeutiger politischer Tendenzen und Gruppierungen. Freilich gab es dazu Ansätze. Eindeutig war aber nur die politische Konfusion. Dafür sind viele verschiedene Momente verantwortlich. Jedenfalls ist und war klar, daß der Verband in der nächsten Periode sein politisches Selbstverständnis und das in den zentralen Fragen neu bestimmen muß..... Es wird sich die Verschiebung, die zum Teil auch früher geltende Positionen kritisieren wird, wahrscheinlich und hoffentlich auf relativ hoher theoretischer Ebene abspielen. - Programmdiskussion. Mir scheint es nicht nur erfreulich, sondern auch symptomatisch, daß die nk mit Artikeln wie die von Marcuse und Mallet in den Gruppen auf begeistertes Interesse stößt.

Der Ausgangspunkt war also die DK und deren Konfusion - auch wenn uns die Probleme noch allen weit weniger klar waren als heute. In die Zeitschriftendiskussion spielten und spielen immer weit allgemeinere Momente hinein - sie wird überhaupt erst recht verständlich im Rahmen einer Gesamtkonzeption des Verbandes, welche die vergangenen vier Jahre nicht nur als geschichtslose Fortsetzung aufgearbeitet hat. (Einige Bemerkungen dazu habe ich in der nächsten nk gemacht.)....

Ich glaube, die Diskussion ist uns allen deshalb so schwer gefallen, weil wir in ihr lange Zeit unbewußt viel weiterreichende Probleme diskutiert und uns, wie ich hoffe, klargemacht haben... Entgegen anderer Tendenzen habe ich wenigstens immer darauf geachtet, daß die Angelegenheit Diskussionsobjekt blieb. Der Bundesvorstand, in dem gelegentlich auch die anderen Genossen sich et-

was denken, hat einstimmig beschlossen, Vorschläge, Standpunkte und Materialien einzuholen. Ich habe meinerseits mehrmals erklärt, es sei selbstverständlich eine breite Diskussion dieser Projekte im gesamten Verband nötig. Nicht zufällig habe ich ja doch in Göttingen, wie auch bei anderen Gelegenheiten, über die Sache diskutiert. So falsch wie administrative Änderungen wären, ist aber auch der Gestus: es ist ja doch eigentlich alles in Ordnung und es geht halt nicht besser....

Herzliche Grüße

Dein

gez.: Helmut

11) Brief der Gruppe Göttingen (i.A. Hannes Friedrich) an den Bundesvorstand v.16.12.1965:

Lieber Helmut! Lieber Hartmut!

Ich bin von der Göttinger Gruppe beauftragt worden, Euch einige Überlegungen mitzuteilen, die wir nach Helmuts Besuchs in Göttingen angestellt haben. Ich bitte Euch, diese Überlegungen richtig zu verstehen und nicht persönlich zu beziehen oder gar in den Bereich zu verweisen, wo "Politik und Psyche" sich so schnell vermengen, um selbst die harmloseste Geste zu einer sogenannten "politischen" werden zu lassen.

Es handelt sich um die Pläne des BV hinsichtlich der Veränderung der nk, die Helmut uns, das heißt einem kleinen Kreis der Gruppe, vortrug und worüber wir auch diskutierten. Wir haben diese Pläne dann einem weiteren Kreis von Genossen mitgeteilt und anschließend darüber diskutiert. Die Gruppe ist von dem Plan informiert worden, die nk in der ISJ aufgehen zu lassen und evtl. eine andere Zeitschrift vom SDS herauszugeben, die die Bereiche der deutschen Politik, der Hochschule etc. behandeln soll. Bei der Diskussion mit Helmut wurden Betrachtungen über die Mängel der gegenwärtigen nk angestellt und man überdachte die Überlegungen von Helmut. Ich muß nun für die Göttinger Gruppe feststellen, daß wir damit keine Zustimmung zu diesen Plänen qua Gruppe ausgedrückt haben. Die Gruppe hat eine andere Meinung, die ich kurz darstellen will:

Grundsätzlich einig ist sich die ganze Gruppe, das ungeachtet der Kritik, die man an der nk und ihrem Erscheinungsbild und Themenbereichen üben kann und in der Teile der Gruppe mit dem BV übereinstimmen, uns jedoch die Konsequenzen, die der BV daraus zu ziehen gedenkt, als zu weitgehend erscheinen, um allein vom BV ohne die ausdrückliche Zustimmung der SDS-Gruppen entschieden werden zu können. Die Göttinger Gruppe bittet daher den Bundesvorstand, sämtliche Entscheidungen, die eine grundsätzliche Veränderung der neuen kritik zur Folge haben, bis zur nächsten ordentlichen Delegiertenkonferenz aufzuschieben, auf der diese für den Verband zentrale Entscheidung behandelt werden soll. Ist der BV dazu nicht bereit, verlangt die Göttinger Gruppe, daß eine außerordentliche Delegiertenkonferenz vom Bundesvorstand einberufen wird, auf der die Delegierten über diesen Plan entscheiden.

Begründung: Nachdem wir die ganze Sache noch einmal überdacht hatten, kamen uns einige schwerwie-

gende Bedenken. Wenn man auch über die Gestaltung der Redaktionsarbeit der nk geteilter oder anderer Meinung sein kann, sie z.B aktueller gestalten sollte etc., so finden wir dennoch, daß dies nicht mittels einer Liquidierung der nk gemacht werden sollte. Warum werden nicht eine oder gar mehrere Kommissionen eingesetzt, die konkrete Pläne für die nächsten Nummern ausarbeiten sollen, über die dann als handfestes Grundmaterial diskutiert werden könnte: in diese Planungen könnte auch die Aufgabe aufgenommen werden, welchen ausländischen Beiträgen (etwa aus der ISJ, sogar regelmäßig)man Platz in der nk schaffen soll. Es wäre eine große Aufgabe für den BV, das alte Problem zu lösen - nämlich hie abstrakte Theorie, hie konkretistisches Jargonisieren à la agitprop etc. - Aber warum so, daß die nk gleich geopfert wird und wir den Vertrieb für das ISJ schlicht übernehmen (wir brauchten dann auch nicht den irrelevanten Kram aus der ISJ übernehmen). Wir gehen davon aus, daß die nk die einzige integrative Kraft im SDS gewesen ist und auch noch ist, daß sie den Verband nach außen vertritt und uns bisher das Ansehen verschafft hat, das wir außerhalb des Verbandes haben. An dieser Funktion ist festzuhalten, auch besonders hinsichtlich der innerverbandlichen Integration - ohne ein eigenes, autochtones Diskussionszentrum gibt es auch keinen Verband mehr, der über den lokalen Gruppen existiert. Wir haben nichts gegen die Überlegungen des BV einzuwenden, die fragen, ob die nk in ihrer jetzigen Form, diese Funktion in ausreichendem Maße erfüllt, ob sie sich nicht auf einen zu kleinen Kreis bezieht, weil sie so abstrakt ist. Wir finden es auch nicht falsch, daß Planungskommissionen eingesetzt werden, die Pläne für eine konkrete Redaktionsarbeit für die nk entwickeln und die dabei auftauchenden Personalprobleme mitbearbeiten (Mitarbeitergewinnung in den Gruppen etc.). Aber wir sind gegen eine Entscheidung des BV, die nk aufzugeben, da das unserer Meinung nach das Problem nicht löst, sondern nur verschlimmert: denn ist die Kommunikation schon nicht eng zwischen SDS-Gruppen und BV und nk, würde sie noch abstrakter, wenn man sich in der Hauptsache per ISJ unterhielte und - das sollten wir auch berücksichtigen - die Probleme der ISJ sind nicht per se immer auch unsere Probleme, einfach weil unsere politische Situation in der BR sich in vielerlei Hinsicht von der der anderen politischen Gruppen in Europa unterscheidet (was jetzt nicht heißt, daß man die ISJ nicht lesen soll, im Gegenteil). Wir brauchen ein Verbandsorgan, und zwar eines, das nicht schnell auf das Niveau einer "info" herunterkommt, sondern politische Probleme in theoretischer und praktischer Hinsicht diskutiert.

Die Gruppe hat auch über Veränderungen der nk diskutiert, die ich kurz darstellen will:

Die nk müßte aktueller werden, z.B. fehlt eine Wahlanalyse, die Vorgänge an der FU wurden nicht gebracht, obwohl der Berliner SDS eine Analyse vorgelegt hatte.

Weiter wurde vorgeschlagen, die Strategie-Diskussionen als arbeits-papers vom Wissenschaftsreferat verschicken zu lassen, und erst in einem aktuelleren Stadium in der nk zu diskutieren. (man war dabei geteilter Meinung, einige waren nicht gegen einen Abdruck in der nk). Als Beispiel wie aktuelle Beiträge in der nk aussehen könnten, wurde auf Artikel im "Kursbuch" (Probleme der dritten Welt) hingewiesen. Man neigte dazu, die nk als theoretisches und aktuelles Zentrum zu sehen.

Der Einwand gegen die nk, daß die Aufsätze von hohem theoretischen Niveau sich nicht mit weniger theoretischen politischen Artikeln vertrügen, wird von uns dahingehend beantwortet, daß man erst

einmal den praktischen Beweis erbringen muß (i.e. erst mal drucken!), damit man erst einmal weiß, was Niveauunterschied bedeutet. Es wurde darauf hingewiesen, daß es möglich sein sollte, die nk aktueller zu gestalten, bei gleichzeitiger Beibehaltung von theoretischen Artikeln. Das gegenwärtige "Niveau" hat die nk nicht von ungefähr, etwa weil die Redaktion geschlossen zu Adornos oder Habermas' Vorlesungen geht, sondern weil es nach der Trennung von der SPD für den SDS nicht mehr möglich war, eine Zeitschrift wie den "Standpunkt" herauszugeben. Das "Niveau" spiegelt einmal die relative Isolierung des SDS wieder, zum andern schien es, grob gesprochen, notwendig, um die "Position des Verbandes zwischen SPD und SED festzulegen".

Zusammenfassend möchten wir betonen: der BV soll eine solche Entscheidung vor eine SDS-DK bringen. Der BV kann und sollte durchaus Pläne zur inhaltlichen Veränderung der nk ausarbeiten, aber mit der Bedingung, daß er alle Gruppen ausreichend über diese Pläne informiert! Eine Liquidation der nk wird von uns aufs entschiedenste abgelehnt, ebenfalls ein Aufgehen der nk im ISJ.

Bitte, nehmt unsere Überlegungen als solche, die sie sind, i.e. politische, und nicht als "persönliche", (psycho-politische) i.e. "Fraktionskämpfe der Cliquen".

Wir hoffen auf eine Antwort!

Herzlich

Euer Hannes

12) Brief des Bundesvorstands an Hannes Friedrich, v. 7.1.1966:

Lieber Hannes!

Besten Dank für die Stellungnahme der Göttinger Gruppe. Wir freuen uns sehr, daß die Diskussion über die nk auf so lebhaftes Interesse stößt. Zeigt sich doch daran, wie nötig die sachliche Diskussion über Probleme der Zeitschriften sind. Es ist selbstverständlich, daß die Fragen ausführlicher Diskussion und breiter Zustimmung im Verband bedürfen. Schließlich ist ja auch der BV kein Verein von alten Weisen, der glaubt, schon immer die Wahrheit gefunden und gepachtet zu haben. Ich hatte gedacht, wir hätten in Göttingen in diesem Verstande miteinander diskutiert. Anders hat auch der BV die Dinge bislang nicht behandelt, und wir bemühen uns sehr wohl, die verschiedenen Argumente aufzunehmen. Es besteht daher - so scheint mir - kein Grund zur Aufregung. Der BV wird in der kommenden Woche eine ausführliche Stellungnahme herausgeben, die die verschiedenen Auffassungen darstellen und die im BV bislang ausgearbeiteten Vorstellungen vortragen wird.

Ich bitte Euch daher, auf eine einzelne Punkte Eures Briefes berücksichtigende Antwort zu verzichten. ...

Herzliche Grüße

Dein

gez. Helmut

13) Diskussionsbeitrag von acht Marburger Genossen, undat.:

Wir sind aufgrund eines Vergleiches der in Westeuropa vorhandenen theoretischen sozialistischen Zeitschriften zu dem Ergebnis gekommen, daß in der Bundesrepublik eine Zeitschrift fehlt, die in der gegebenen Situation zu einem Forum sozialistischer Diskussion werden und die Vermittlung zur internationalen sozialistischen Diskussion herstellen könnte.

Von da aus erschien es uns sinnvoll zu prüfen, inwieweit eine deutsche Ausgabe des International Socialist Journal diese Funktion übernehmen könnte. Ohne detailliert auf die organisatorischen und technischen Probleme einzugehen, haben wir versucht, Ansätze einer Konzeption für ein deutschsprachiges ISJ zu entwickeln. Unserer Ansicht nach könnte die Funktion eines deutschen ISJ sein:

- erhöhte Partizipation an der europäischen sozialistischen Diskussion und dadurch der Versuch der Überwindung des Provinzialismus, wie er in der bundesrepublikanischen Auseinandersetzung auch der sozialistischen Gruppen herrscht.
- Versuch der Politisierung der Diskussion: erhöhte Relevanz aktueller politischer Probleme für die theoretische Diskussion. Damit sollte vermieden werden, daß die Diskussion durch ihre Abstraktheit politisch irrelevant wird.

Diese Vorstellungen müßten erreicht werden durch eine entsprechende Ausgestaltung inhaltlicher und formaler Art des ISJ. Diese stellen wir uns folgendermaßen vor:

1. zu ungefähr einem Drittel des Umfangs Übernahme übersetzter Artikel aus dem englisch/französischen ISJ zu Fragen, die für die internationale Diskussion bedeutsam sind.
2. zu einem weiteren Drittel "ein deutscher Teil", dessen Artikel auf dem Hintergrund der in der internationalen Diskussion erarbeiteten Vorstellung die spezifische bundesrepublikanische Situation analysieren. Neben dieser Art der Anknüpfung und Vermittlung müßten die aus der besonderen Situation der Bundesrepublik resultierenden Probleme gesondert dargestellt und diskutiert werden.
3. zu einem letzten Drittel einen Rezensions- und Bibliographischen Teil. Dieser Teil müßte aufgefächert werden nach folgenden Teilgebieten:
   - In Sammel- und Einzelbesprechungen Rezensionen inländischer und ausländischer wichtiger Neuerscheinungen zu für den Sozialismus relevanten Problemen.
   - In einem Zeitschriftenteil, der wichtige Aufsätze aus ausländischen und deutschen Zeitschriften rezensiert und auf sie verweist.
   - Informationen über die Situation auf dem Zeitschriftenmarkt einzelner Länder
   - Periodische Bibliographien zu bestimmten Themenbereichen.

Um diese Vorstellungen exemplarisch zu konkretisieren:

In der deutschen Ausgabe des ISJ könnte beispielsweise ein fundierter Artikel über die für die Arbeiterbewegung wichtigen Aspekte der Problematik des gemeinsamen Marktes aus der französischen Ausgabe übernommen werden. Dazu sollten im "deutschen Teil" Analysen zur EWG aus bundesrepublikanischer Sicht kommen. Im Rzensionsteil könnten zum selben Thema wichtige internationale Publikationen angeführt und eine spezielle Bibliographie zusammengestellt werden. Ähnliches ließe sich

denken zu Themen wie: Automation, Mitbestimmung, Neoimperialismus, Koexistenz; theoretische Analysen einzelner Probleme aus der Geschichte der Arbeiterbewegung unter aktuellem Bezug: z.B. Einheits- und Volksfront, Revolution, Streik, Stellung zu Parlamentarismus und außerparlamentarischer Aktivität.

Diese vorläufigen Vorstellungen zu einer deutschen Ausgabe des ISJ entstanden ursprünglich unabhängig von den Funktionen, die die nk in ihrem Selbstverständnis ausfüllt, weil wir der Meinung waren, daß trotz der bestehenden sozialistischen Publikationen in der BRD das deutsche ISJ eine Lücke füllen könne. In bisherigen Diskussionen mit dem Bundesvorstand und der nk-Redaktion stellte sich dann heraus, daß unsere Vorstellungen als Alternativplan zur bisherigen neuen kritik interpretiert wurden. So wurde es für uns notwendig, die nk an ihrem in den Diskussionen formulierten Selbstverständnis zu messen und zu prüfen, inwieweit die nk bei ihrer derzeitigen Struktur im Stande ist, die von uns mit dem ISJ intendierten Aufgaben wahrzunehmen.

In diesem Selbstverständnis erfüllt die nk folgende Funktionen: sie will einmal theoretisches Diskussionsforum zur Selbstverständigung der sozialistischen Linken in der BRD sein; sie will zum anderen Integrationsorgan des Verbandes sein; sie will drittens - als Zeitschrift eines Studentenverbandes - besonders in die Hochschulöffentlichkeit hineinwirken. Erfüllte die nk diese Ansprüche, wäre in der Tat ein deutsches ISJ überflüssig. Ein deutsches ISJ könnte dann weder neue Akzente in die Diskussion bringen noch ein Publikum erreichen, das nicht schon von der nk angesprochen wird. Unserer Meinung nach ist dies jedoch nicht der Fall.

Wir meinen, daß die nk den bundesrepublikanischen Provinzialismus auch der Linken nicht überwindet. Artikel, die sich auf die europäische und internationale Situation des Sozialismus beziehen, bleiben sporadisch und werden allenfalls rezipiert nicht aber diskutiert. Es läßt sich also keine wirkliche Intention erkennen, kontinuierlich an der internationalen Diskussion zu partizipieren und damit die bundesdeutsche Diskussion zu stimulieren und auf internationale relevante Probleme hinzuorientieren. Wir denken dabei an für die existierende internationale Situation äußerst wesentliche Fragen wie die des Neoimperialismus und der Entwicklungsländer. Solange die Verknüpfung mit solchen Problemen fehlt, muß die Diskussion über taktische und strategische Probleme des Verbandes im Zusammenhang mit seiner Rolle innerhalb der Arbeiterbewegung abstrakt und unverbindlich bleiben. Nur eine systematische Aktualisierung der Geschichte der Arbeiterbewegung und eine aktuelle Analyse der internationalen Zusammenhänge könnte den Grad an verbindlicher Politisierung der sozialistischen Diskussion erhalten, der notwendig wäre für ein realistisches Selbstverständnis des SDS und anderer sozialistischer Gruppen in der BRD.

Wir sind uns klar darüber, daß die nk ihrer jetzigen Struktur nach diese Funktion des theoretischen Diskussionsforums nicht in dem von uns vorgestellten Maße übernehmen kann. Allerdings sind wir auch der Meinung, daß die nk der ihrem Selbstverständnis nach primären Funktion eines verbandsintegrierenden Organs genauso wenig gerecht wird. Die nk enthält weder genügend verbandsinterne Informationen noch ist sie wirklich eine repräsentative Plattform innerverbandlicher Diskussion. Daher scheint es uns fragwürdig, ob sich über die nk ein reflektiertes Selbstverständnis des Verbandes herstellen läßt. Zur Realisierung dieses Ziels wäre es nötig, daß die nk sowohl das Spektrum der Themenbereiche als auch den Autorenkreis erweitern müßte. Nach unserer Mei-

nung liegt eine strukturelle Schwierigkeit für die innerverbandliche Diskussion in der nk darin, daß durch Vermischung des übergreifenden theoretischen Anspruchs auf Erarbeitung sozialistischer Theorie mit dem Anspruch, innerverbandlich integrativ zu wirken, keiner der beiden Ansprüche realisiert werden kann. Diese Schwierigkeit, die theoretische Diskussion auf die politischen Problemes des Verbandes zu beziehen und andererseits die Verbandsdiskussionen theoretisch relevant zu machen, spiegelt die Doppelfunktion des Verbandes: einerseits Studentenverband zu sein, andererseits als einzige nennenswerte intakte sozialistische Organisation in BRD ohne Verbindung mit einer sozialistischen Massenorganisation gezwungen zu sein, über den studentischen Bereich hinaus zu wirken. Unserer Ansicht nach läßt sich diese Diskussion um die publizistische Aktivität des SDS nicht unabhängig sehen von politischen Implikationen, die gegeben sind durch diese Doppelfunktion des Verbandes. Die hier angesprochenen strukturellen Schwierigkeiten der nk lassen sich nicht dadurch lösen, daß man unterstellt, der SDS sei vorwiegend oder gar ausschließlich Studentenverband. Eine solche Konzeption nimmt nicht zur Kenntnis, daß der SDS nicht mehr an einer Massenpartei orientiert und mit ihr liiert ist. Daher kann weder der SDS als "Nachwuchsorganisation", noch die nk als "Lehrwerkstatt" für junge sozialistische Autoren aufgefaßt werden. In diesem Zusammenhang ist auch zu bedenken, daß der SDS in seiner Situation die zusätzliche Aufgabe hat, Sozialisten weiterhin in die Diskussion einzubeziehen, für die der SDS nicht als Studentenverband sondern als sozialistische Organisation relevant bleiben kann. Eine derartige integrierende Funktion, die von der nk nicht wahrgenommen wird, könnte dagegen von einem deutschen ISJ erfüllt werden.

Nach unserer Ansicht erfüllt die nk auch ihre dritte Funktion, nämlich die eine Studentenzeitschrift zu sein, nicht ausreichend. Der Mangel an Information und Diskussion um studentische und hochschulpolitische Fragen ist eklatant - bei dem Anspruch sich besonders an die Hochschulöffentlichkeit zu wenden.

Erst im Verlauf der Diskussion, die von unserer Seite vorwiegend unter dem Aspekt einer deutschen Ausgabe des ISJ geführt wurde, entwickelte der Bundesvorstand Gedanken zu einer sozialistischen Studentenzeitung. Diese müßte - bei eindeutiger Orientierung an innerverbandlichen Vorgängen und Diskussionen - die politischen und hochschulpolitischen Analysen des SDS in einer breiten studentischen Öffentlichkeit publik machen und zur Diskussion stellen. Sie könnte auf diese Weise dazu beitragen, die Diskussion an der Universität und im SDS lebendiger, verständlicher, politischer und damit verbindlicher zu gestalten. Ohne auf die theoretische Analyse zu verzichten, entstünde durch eine solche Studentenzeitung die Möglichkeit, jüngere Genossen und interessierte Außenstehende durch größere Aktualität und Anschaulichkeit mehr als bisher für die Politik des SDS zu interessieren. Diese beiden Projekte, die noch auf ihre Realisierbarkeit hin überprüft werden müssen, scheinen uns sinnvoll, weil sie in stärkerem Maße den realen Funktionen des Verbandes entsprechen.

Es erscheint uns wichtig, noch einmal die politischen Implikationen der hier angeschnittenen Fragen zu betonen, denn es sollte verhindert werden, daß die Diskussion auf einer personalistischen und damit irrationalen Ebene geführt wird. Um dies zu erreichen, scheint es uns notwendig, die Diskussion so umfassend wie möglich in den Verband zu tragen, damit sie nicht als Gruppenfehde

mißverstanden wird. Derartige Mißverständnisse scheinen uns in einem Brief enthalten zu sein, der in Reaktion auf die bisherige vorläufige Diskussion von Jürgen Seifert und 19 Mitunterzeichnern an den BV gerichtet wurde. In Form eines Appells wird darin unterstellt, 1. die Iniatoren des ISJ-Projekts hätten einen fertigen Plan und versuchten 2. einer breiteren Diskussion innerhalb des Verbandes auszuweichen. Dabei wird in der Positionsbestimmung der nk eine politische Konzeption zwar nicht explizit formuliert aber doch sichtbar, die nach unserer Ansicht - gerade um die Verständigung über die hier entwickelten Vorstellungen zu ermöglichen - formuliert und in diese Diskussion einbezogen werden sollte.

gez.: Frank Deppe, Eberhard Dähne, Rüdiger Griepenburg, Ursula Schmiederer, Jörg Kammler, Lothar Peter, Kurt Steinhaus, Dieter Bories.

<u>14) Brief der Genossen Liebel, Schaltenbrand und Seifert an die übrigen Unterzeichner des Appells an den Bundesvorstand, v. 20.1.1966:</u>

Dieser Brief ist der Redaktion, mit der Bitte um Veröffentlichung, leider erst zugegangen, nachdem die übrigen Texte der Dokumentation bereits geschrieben waren; er konnte deshalb nicht nach inhaltlichen Gesichtspunkten in die Reihenfolge der anderen Dokumente eingeordnet werden.(d.Red.)

Liebe Genossen, -

Anfang Dezember 1965 haben wir uns mit der Bitte an Euch gewandt, einen von uns abgefaßten Appell an den BV des SDS zu unterzeichnen. Diese Bitte ging an alle ehemaligen SDS-Bundesvorsitzenden, die verantwortlichen Redakteure des "Standpunkt" und der nk, schließlich an einige Mitglieder früherer Bundesvorstände, von denen auf Grund ihrer Mitarbeit an der nk zu erwarten war, daß ihnen das Schicksal der nk nicht gleichgültig ist. Außer Eberhard Dähne haben a l l e Bundesvorsitzenden und früher einmal verantwortlichen Redakteure des "Standpunkt" und der nk den Appell unterschrieben: Kallauch, Schumann, Sterzel, Liebel, Schoenberner, Mauke, Nohara, Großmann, Seifert, Märthesheimer, Schaltenbrand, Reck, Vester, Leithäuser, Riesche; angeschlossen haben sich ferner: Lessing, Brokmeier, Monika Seifert, Nitsch, Lenk, Hoffmann und von der Vring. Oskar Negt hat in persönlichen Gesprächen Mitgliedern des Bundesvorstandes seine Bedenken vorgetragen. Andere Genossen haben uns ihrer Unterstützung versichert oder die Abschrift von Briefen an den BV geschickt.

Der Appell wurde am 12. Dezember 1962 an die Mitglieder des BV gesandt. Jürgen Seifert sandte Durchschläge an Wolfgang Abendroth, Fritz Lamm und Lelio Basso. Von einer Veröffentlichung und einer Versendung an die SDS-Gruppen wurde abgesehen, weil der BV die Angelegenheit bis zu diesem Zeitpunkt nicht publiziert hatte. Wir wollten vermeiden, daß der Appell für eine Kampagne gegen den Bundesvorstand ausgenutzt wird. Wir haben den Eindruck, daß der Brief in seiner Funktion verstanden worden ist. Wir sind überzeugt, daß die Entscheidung über das Schicksal der nk von einer Delegiertenkonferenz getroffen wird.

Zusammen mit einem Schreiben vom 10. Januar 1966 haben vier Marburger Genossen, Ursula Schmiederer, Eberhard Dähne, Rüdiger Griepenburg und Frank Deppe unseren Appell (allerdings ohne die offenbar nicht bekannten Unterschriften von Nohara und Schoenberner) vervielfältigt den SDS-Gruppen zugeschickt und dazu ihre politische Auffassung dargelegt. (Das Schreiben wurde - obwohl in ihm heftige Angriffe gegen die Iniatoren des Appells enthalten sind - zunächst lediglich den Gruppen, nicht aber den Initiatoren zugeschickt; wir haben erst auf Anfrage am 20.1.66 von dem Text Kenntnis erhalten; vermutlich schicken die vier Marburger Genossen ihren 8 Seiten langen Rundbrief auch zu, wenn Ihr sie darum bittet; uns fehlt die Möglichkeit der Vervielfältigung.)

Die vier Marburger Genossen sagen selbst, daß es sich bei den von uns kritisierten damaligen Plänen des BV "um eine grundsätzliche theoretische, politische und organisatorische Frage über die Zukunft des Verbandes handelt"; sie versuchen jedoch unseren Appell an den BV, der mit der Forderung schloß, die "Vorhaben nicht ohne den zustimmenden Beschluß einer Delegiertenkonferenz durchzuführen und keine Maßnahmen zu ergreifen, die einen derartigen Beschluß präjudizieren," abzutun als

- "weitgehend apolitische Argumentation"
- "tendenziell ... partikulare Pression"
- "quasi-konspirative Form von Briefen, die nach Erpressung aussehen"
- "Diskussion ... auf Honoratiorenebene" oder als
- "das Lamento einiger Genossen, die den SDS auf eine bestimmte Position und Funktion, die er im Laufe seiner Entwicklung einmal erhalten hatte, fixieren wollen".

Man macht den Unterzeichnern des Appells den Vorwurf, es würde von "esoterischen Gruppen mit dem BV kommuniziert", anstatt die "Diskussion mit den SDS-Gruppen zu führen". Der Vorwurf trifft entweder die vier Marburger Genossen selbst, die die im Dezember 1965 vom BV angestrebten Pläne weitgehend entwickelt haben und mehrmals mit Mitgliedern des BV darüber diskutierten, oder den BV, der seine Beschlüsse über die Einsetzung von Kommissionen und eine Begründung dieser Beschlüsse zum Zeitpunkt des Appells noch nicht allgemein bekannt gemacht hatte. Die Unterzeichner des Appells mußten von dieser Nicht-Öffentlichkeit ausgehen.

Die vier Marburger Genossen, die uns als "Altfunktionäre" titulieren (und dabei offenbar übersehen, daß drei von Ihnen als wissenschaftliche Assistenten und nach ihren früher innegehabten "SDS-Funktionen" wohl auch so klassifiziert werden müßten) antworten uns - wie sie sagen - politisch. Sie legen ihr Konzept für eine neue Politik des Verbandes dar:

> "Der institutionelle Rahmen des reinen Hochschulverbandes wird gesprengt und der SDS übernimmt politische Funktionen, die ihn auf das Niveau anderer deutscher und westeuropäischer sozialistischer Gruppierungen heben; er übernimmt einen Teil der Funktionen, die solche Organisationen haben."

> "In seiner jetzigen Phase der Entwicklung braucht der SDS eine Zeitschrift, die die Funktion des SDS als einziger intakter sozialistischer Organisation der Bundesrepublik reflektiert und ständig mit der Neuen Linken außerhalb der Bundesrepublik vermittelt."

Die vier Marburger Genossen sagen jedoch nicht, aus welchem Grund sie diese - wie sie sagen - neue Konzeption von der Stellung des Verbandes und der nk (sowie ihre heftige Kritik an der nk) nicht bereits auf der Delegiertenkonferenz zur Diskussion gestellt haben.

Wir wollen auf die von den vier Marburger Genossen dargelegte politische Konzeption (die etwa dem entspricht, was Heinz Brakemeier bereits im Jahre 1964 dem Bundesvorstand Liebel/Lessing vorgetragen hat) an dieser Stelle nicht eingehen. Die Diskussion über die politische Position des Verbandes und die Struktur seiner Zeitschrift sollte im Verbandsorgan, auf Bundesseminaren und auf der Delegiertenkonferenz geführt werden. (Auch die Unrichtigkeit der von den vier Marburgern in der Notstandsfrage aufgestellten Behauptung soll - so sehr es Seifert juckt, dies zu tun - hier nicht dargelegt werden.)

Wir müssen jedoch den Versuch der vier Marburger Genossen zurückweisen, die Unterzeichner des Appells auf eine einheitliche politische Konzeption oder gar als Fraktion zu kennzeichnen:

- "ein in der sozialdemokratischen Tradition wohl verankertes Denken"
- "Verzicht auf sozialistische Opposition, die gesellschaftsverändernd wirken will, auch wenn sie vorerst organisatorisch schwach ist".

Die vier Marburger Genossen meinen, in dem Appell würden die ehemaligen Funktionen der Unterzeichner "auf autoritäre Weise präsentiert". Weil sie die Funktion des Appells verkennen, übersehen sie auch, daß wir uns nicht an die uns politisch Gleichgesinnten gewandt haben. Es ist ein Personenkreis, der in dieser Frage - wie wir es nennen - die Funktion eines "Ältestenrates" übernimmt. Da dieser Kreis sich auf die bloße Darlegung von Argumenten beschränkt, usurpiert er auch keine in der SDS-Satzung nicht vorgesehene Position.

Die vier Marburger Genossen unterstellen den Unterzeichnern des Appells entweder "unpolitisch" zu sein oder aber "ihre politischen Vorstellungen und Ziele mit dem Wohlergehen einer Zeitschrift zu kaschieren". Sie unterstellen uns eine Einflußnahme auf die Position des Verbandes und den Versuch der Festlegung des SDS auf die Position und Funktion, die der Verband im Laufe seiner Entwicklung erhalten hat; - sie aber versuchen, ohne bisher in der Verbandszeitschrift, auf einem Bundesseminar oder auf der Delegiertenkonferenz ö f f e n t l i c h eine Diskussion darüber geführt zu haben, den Verband auf die von ihnen vertretene politische Position zu manövrieren.

Die vier Marburger Genossen bezeichnen den SDS als "einzig intakte sozialistische Organisation der Bundesrepublik". Wenn das richtig ist, dann hat der SDS diese Position im wesentlichen auf Grund der bisher betriebenen Politik und der im Verband gehandhabten Kooperation erlangen können. Der Verband wird neue Positionen überhaupt nur behaupten können, wenn es ihm gelingt, diese Kooperation zu bewahren.

Die vier Marburger Genossen stellen diese Kooperation nicht nur durch die Form ihrer Argumentation in Frage. Ihre Konzeption und ihr politischer Stil beinhaltet eine Frontstellung, die geeignet ist, einen wesentlichen Teil der Mitglieder unseres Verbandes aus dem SDS zu drängen. Trotzdem muß man ihnen dankbar sein, daß sie jetzt ihre Auffassung von den Funktionen des Verbandes öffentlich dargelegt haben.

Der SDS wird die Frage diskutieren müssen: Studentenverband oder Parteiersatz?

gez.: Liebel
Schaltenbrand
Seifert

Helmut Schauer: Zum Stand der Zeitschriftendiskussion

Verband und 'neue kritik'

Die Aufgaben der Zeitschrift des SDS ergeben sich aus der konkreten Lage des Verbandes und seiner Politik. Der SDS als die einzige sozialistische Organisation der Bundesrepublik, die in einem besonderen sozialen und politischen Bereich -an den Hochschulen- eine einigermaßen wirksame und kontinuierlich sichtbare Rolle spielt, braucht ein Organ, das der Selbstverständigung über sozialistische Politik und deren objektiv-praktischen wie wissenschaftlich-theoretischen Voraussetzungen und Implikationen dient. Dies umso mehr, als sich im Verband alle wesentlichen Tendenzen der bundesrepublikanischen Linken repräsentiert finden, eine Selbstverständigung des Verbandes also nur durch eine kontinuierliche Diskussion der verschiedenen Positionen möglich wird.

Wie der Verband sich auch seine Zeitschrift gegenwärtig weder auf eine wissenschaftliche Theorie noch auf eine politische Position und Kraft außerhalb seiner selbst ohne weiteres stützen oder sich an ihr ausrichten. Die 'neue kritik' als Organ der noch am weitestgehend intakten sozialistischen Organisation der Bundesrepublik muß sich vielmehr der Aufgabe bewußt sein, ausgehend von der Praxis der Organisation möglichst klare und eindeutige theoretisch-politische Positionen zu entwickeln, an denen die Ansätze kritischen und sozialistischen Bewußtseins einen inhaltlichen Fixpunkt finden, an dem sie sich abarbeiten und ihr Selbstverständnis klären können. Das gilt für die Mitglieder des SDS ebenso wie für seine Freunde. Aus der Stellung der 'nk' als der Zeitschrift des SDS ergibt sich für sie die Chance, solange die zentrale, führende Zeitschrift nicht nur des SDS, sondern auch der darüberhinaus bestehenden sozialistischen Ansätze zu sein, wie der SDS unter ihnen eine Sonderstellung einnehmen muß.

Die Produktivkraft, mit deren Hilfe sich Positionen sozialistischer Politik in erster Linie entwickeln können, ist der SDS und seine Widersprüche selbst, ist die Auseinandersetzung über verschiedene Auffassungen. In dem Maße, in dem es dem Verband und der Redaktion gelingt, diese zum Motor der Diskussion zu machen, aus der widersprüchlichen Existenz des SDS Lebendigkeit zu entfalten, wird es möglich, genaue praktische und theoretische Ansätze zu entwickeln, die über sich hinaustreiben können. Dabei muß es aber der Redaktion gelingen, in ihrer Arbeit einen eigenen Standpunkt herauszukristallisieren, über die rein technische Vermittlung der einzelnen Positionen hinaus eine inhaltlich-kritische Vermittlerrolle zu übernehmen, die den schon erreichten Stand allgemeiner Einsicht voll und ganz realisiert.

Erst wenn die Redaktion in dieser Weise ihre Aufgabe als politische begreift und - auf der Höhe der allgemeinen Einsicht der Sozialisten - ihr eigenes Selbstbewußtsein findet, wird sie in der Lage sein, aus der Zeitschrift ein förderndes, vorwärtstreibendes Organ der Theorie und Politik des SDS und seiner Freunde zu machen.

Ausgangspunkt und Prüfstein für die Zeitschrift ist die Praxis des SDS. Die Krise der Zeitschrift und die Schwierigkeiten der Diskussion ergaben sich zu einem wesentlichen Teil daraus, daß ihr Verhältnis zur Praxis des Verbandes unscharf wurde und sie sich daher von diesem entfernte.

Eine z.T. recht abstrakte Beurteilung der politischen und theoretischen Situation führte dazu, daß die eigene Praxis resignierend nicht mehr ernst genug genommen wurde, um sie in der Zeitschrift darzustellen und damit zum Gegenstand kritischer Reflexion zu machen. Der Verband muß aber seine Ansprüche an die Zeitschrift mit aller Klarheit geltend machen und in den Arbeitszusammenhang der Redaktion bringen, nicht zuletzt, um der Zeitschrift damit die Verbindlichkeit und Spannung der konkreten Praxis zu vermitteln.

Der Anspruch des Verbandes auf Darstellung und Überprüfung seiner Praxis in seiner Zeitschrift muß sich an den Arbeitsbedingungen der Redaktion konkretisieren und strukturieren. In der Erscheinungsweise der Zeitschrift als einer Zweimonatspublikation und der damit intendierten und prononcierten längeren Gültigkeit ihrer Beiträge kommt die entscheidende aktuelle Aufgabe des SDS zum Ausdruck, im Zusammenhang mit der Tagespolitik und ausgehend von einem relativ allgemeinen gemeinsamen sozialistischen Vorverständnis, konkrete theoretische Positionen auszuarbeiten und zugleich weiter zu vermitteln,die schließlich doch im Verlauf der widersprüchlichen Entwicklung des Kapitalismus zur materiellen Gewalt werden könnten. Solange nicht mit der relativen Zuverlässigkeit, die die Bindung der 'neuen kritik' an den SDS gewährt, eine andere wissenschaftlich-politische Zeitschrift d e r bundesrepublikanischen Sozialisten entsteht, kann der SDS daher die Form der Zeitschrift nicht alternativ zugunsten eines auf breitere Wirkung zielenden studentischen Blattes aufgeben. Das wäre insofern voluntaristisch, als damit die in der Form der Zeitschrift realisierte Einsicht aufgegeben würde, daß es in der gegenwärtigen Lage relativer Stabilität in der Bundesrepublik vor allem darauf ankommt, die Menschen zu erziehen, die "theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus(haben)". Der notwendig allgemeine Charakter einer Zweimonatszeitschrift erweist sich so als der formale Filter, an dem die wesentliche Bedeutung der einzelnen Beiträge sich zeigen muß.

Davon ausgehend wären im einzelnen die Formen zu bestimmen, in denen die Praxis des SDS in der Zeitschrift dargestellt werden könnte. Der erste Ausgangspunkt der Berichterstattung über den SDS wäre die unmittelbare Politik des SDS im Rahmen der Hochschulen. Sie wird für die Zeitschrift dann relevant, wenn sie die oft scheinbar unbedeutenden Vorgänge und Tatsachen ernst nimmt und soweit reflektiert, daß ihre Darstellung exemplarisch wird, oder wenn Positionen dargestellt und diskutiert werden müssen, die - wenn auch vielleicht nur in ihrer Tendenz - für die Politik des Verbandes von vornherein von wesentlicher Bedeutung sind.

Der zweite Ausgangspunkt der Darstellung des SDS in der 'neuen kritik' ist die wissenschaftliche Arbeit des Verbandes. Berichte, Notizen, Bibliographien, Rezensionen über und aus wichtigen Vorträgen, Diskussionen und Arbeitskreisen, also der Versuch, die Bewegung des mehr allgemeinen Gedankens literarisch zu organisieren, das wäre der wesentliche Ausgangspunkt aller weiterer Diskussionen, der reges Interesse verspricht.

Von der Verbandsdiskussion völlig unberücksichtigt blieb bisher die entscheidende soziale Grundlage der Existenz des Verbandes: das Studium seiner Mitglieder. Wo bleiben die Berichte, Kritiken, Notizen, die sich aus Vorlesungen und Seminaren ohnehin ergeben und die

doch wohl zumindest gelegentlich Aspekte enthalten, die für die sozialistische Theorie relevant wären? Gibt es nicht wenigstens in Berlin, Frankfurt, Göttingen und Marburg Vorlesungen und Seminare, die quasi SDS-Veranstaltungen und für das Verständnis ganzer Gruppen des Verbandes geradezu konstituierend sind? Ergibt sich aus ihnen nichts, was über die bloße Rezeption hinausreicht und schließlich auch für die 'neue kritik' aufbereitet werden könnte? Gibt es denn keine SDS-Mitglieder, die soweit zu kritischem Verständnis ihres Studiums kommen, daß sie eine Lehrveranstaltung oder auch ein Lehrbuch, das den objektiven Geist einer Wissenschaft angibt, rezensieren könnten? Könnte nicht etwa die kritische Darstellung einer einfachen Einführungsvorlesung in die Volkswirtschaftslehre oder eines ihrer wichtigsten Teilgebiete ein wesentlicher Beitrag zur Kritik der herrschenden Ideologie sein, uns also der Kritik der modernen politischen Ökonomie näherbringen? Wäre das nicht der Ausgangspunkt für die seit Jahren geforderten, stets in Ansätzen steckengebliebenen Studienstrategien? Wäre das nicht auch die adäquateste Form sozialistischer Agitation an der Hochschule? Würden nicht solche Arbeiten neben denen über allgemeine Politik an der Hochschule und Hochschulpolitik dem Anspruch der 'neuen kritik', Zeitschrift sozialistischer Studenten zu sein, am ehesten entsprechen? Und käme sie nicht gerade dadurch in die Lage, für ihre nichtakademischen Leser das Studium der SDS-Mitglieder fruchtbar zu machen?

Aufgabe der Redaktion ist es, literarische Formen und eine redaktionelle Struktur der Zeitschrift zu entwickeln, unter der solche Möglichkeiten sich realisieren lassen. In der Arbeit daran muß die Redaktion ihr Arbeitsbewußtsein entwickeln. Damit wird sie ihrer leitenden Funktion gerecht: indem sie solche Aufgaben stellt und durch Beispiele konkret vorführt. Erst wenn die Zeitschrift auf diese Weise ihre Aufgabe, Selbstdarstellung und Reflexion der Praxis des SDS, streng und konkret erfüllt, kann sie auch ihren darüber hinausgehenden Aufgaben gerecht werden.

Die unbestimmte Struktur, die gesichtslose Form der gesamten Zeitschrift wie vieler einzelner Artikel verflacht die Diskussion, begünstigt inhaltliche Fehler und regt keineswegs zu aktiver Teilnahme an. Scharfe, genaue Arbeitsformen, feste Spalten und ihre Gegenüberstellung im Umbruch müßten Ausdruck einer durchdachten Konzeption sein und die einzelnen Aufgaben genau definieren. Die freilich immer wieder zu überprüfende Verfestigung der Struktur der Zeitschrift ist das formale Kriterium eines praktischen Zusammenhangs, in dem sich strenge und differenzierte Arbeiten erst entwickeln können.
Nur in einem Fall hat sich die 'neue kritik' eine klare Aufgabe gestellt: die Zeitschriftenhinweise. Sie sind daher nicht zufällig auch der am meisten gelobte und von den Lesern als Arbeitshilfe verstandene Teil des Heftes; sie gehen oft über ihren bescheidenen Anspruch, Hinweise zu sein, weit hinaus.
Für die Buchrezensionen gilt das schon nicht mehr. Die Unbestimmtheit, mit der sie als Organisationsform intellektueller Arbeit zu anderen Teilen des Heftes in Beziehung gesetzt werden, macht es einerseits dem Autor schwer, weil immer gleich unvermittelt Ansprüche an ihn gestellt werden, die sich in dieser Form nur schlecht erfüllen lassen, und sie enttäuscht andererseits den Leser, der oft weder erfährt, was in dem rezensierten Buch zu finden ist, noch wie der

Rezensent nun gerade darüber denkt. Es müßte sich erst noch erweisen, ob ein umfangreicher Rezensionsdienst nicht doch möglich wäre, wenn er genau als solcher organisiert und ausgewiesen würde.

Schon eine fortlaufende Bibliographie sozialistischer oder für sozialistische Theorie und Politik relevanter Neuerscheinungen wäre eine wichtige Arbeitshilfe für die Leser. Darauf kommt es ja doch an: dem Leser in adäquater Form Material zur Orientierung und Selbstverständigung an die Hand zu geben.

Würde die Zeitschrift an solchen relativ festen Arbeitsformen ihre Aufgaben konkretisieren, dann käme sie in die Lage, auch die differenziertesten, nicht so leicht abzugrenzenden Formen präzise zu bestimmen. Die 'neue kritik' ist nicht die Spielwiese ihrer Autoren. Deren 'Lehrwerkstatt' kann sie allenfalls insofern sein, als dieses Element in den strengen Arbeitsanforderungen der Zeitschrift aufgehen und sich gerade daran disziplinieren muß.

Aus Seminararbeiten können durchaus wichtige und fruchtbare Beiträge für die 'neue kritik' und die Arbeit des SDS werden. In den ersten Nummern der 'neuen kritik' finden sich Bibliographien, die noch heute der Einführung in bestimmte einzelne Bereiche der Theorie, etwa der Ökonomie oder der Theorie der Gewerkschaften, dienen können. Wenn auch durchaus denkbar ist, daß diese Arbeiten damals aus der rezeptiven Verständigung ihrer Autoren hervorgegangen sind, so können sie doch heute fast ohne weiteres wieder zur Einführung übernommen werden und damit ihre Gültigkeit beweisen. In derselben Weise könnte z.B. ein Literaturbericht über die sozialen Folgen der Automation, allgemein einführend oder auch spezieller die neueren oder zu bestimmten Aspekten erschienenen Arbeiten zusammenfassend, ein wichtiger, aus der Studienarbeit eines oder mehrerer Genossen hervorgehender Beitrag für die 'neue kritik' sein. Wenn aber Seminarreferate einfach als Artikel einer wissenschaftlich-politischen Zeitschrift abgedruckt werden, geraten sie in Gefahr, einfach uninteressant und langweilig zu erscheinen (es fehlen doch meist die notwendigen aktuell-konkreten Bezüge) - und mit ihnen die Zeitschrift. Es wäre die Aufgabe der Redaktion, kraft ihres Überblicks über den jeweiligen Themenbereich eine literarisch-politische Aufbereitung solcher Arbeiten anzuleiten.

Auch für die Darstellung der Arbeit des SDS und die Entwicklung der Diskussion seiner Politik müssen die entsprechenden journalistischen Formen entwickelt werden. Ein kurzer Bericht über einen noch so allgemeinen Vortrag in einer SDS-Veranstaltung kann erst Niveau gewinnen, wenn er auch formal von längeren der Reflexion dienenden Beiträgen unterschieden wird. Auch die Diskussion der Politik des SDS muß Formen finden, die ihrer objektiv vermittelten sachlichen Beschränkung Rechnung tragen. Ein Selbstverständnis der 'neuen kritik' und ihrer Redaktion, das von solchen praktischen Erfahrungen ausginge, könnte dann auch zu größerer Lebendigkeit und höherem Niveau der Zeitschrift führen. Erst wenn mit der Vorführung genauer literarischer Formen auch die Ansprüche der Zeitschrift an ihre Autoren genau definiert wären, könnte sich erweisen, ob denn wirklich die Bereitschaft zur Mitarbeit so gering ist und ob nicht eher die Rede von der Unlust dazu verdeckt, daß die unsicheren Arbeitsverhältnisse, die inhaltlich und formal unbestimmten Anforderungen, die Mitarbeit jener Genossen blockieren, die dazu besonders in der Lage wären.

Mit der Entfernung der 'neuen kritik' vom SDS und der Unschärfe ihrer Arbeit sind auch ihre inhaltlichen Positionen unklar geworden, so daß kein zureichend genauer Begriff von den theoretischen Aufgaben der Zeitschrift entwickelt und der praktischen Arbeit zugrunde gelegt wird.

Sozialistische Theorie läßt sich nur in konkretem Zusammenhang mit der politischen Bewegung der Sozialisten entfalten. Mit ihr hat auch die Theorie an aktueller Substanz verloren und stellt sich vielfach nur noch als ein gealterter Bestand an theoretischer und praktischer Erfahrung dar. Soweit sich die Analyse des Niedergangs der alten Arbeiterbewegung von der Fixierung auf die bestehenden integrierten Organisationen und Positionen und deren Entwicklung freimacht, soweit sie die Integration politisch zu erklären vermag und so erst das fast völlige Fehlen aktueller sozialistischer Politik schonungslos klarmacht, eröffnet sich die Möglichkeit, die sicherlich gealterte Substanz sozialistischer Theorie lebendig in die Diskussion aufzunehmen.

Der SDS selbst ist, wie tief auch immer der Einschnitt in seiner Geschichte gewesen sein mag, einer der Reste der alten Arbeiterbewegung, in der sozialistisches Klassenbewußtsein einst organisatorische Gestalt gewonnen hatte. Auch seine gegenwärtige politische Praxis ist revolutionäre, bewußtseinsverändernde Arbeit. Die theoretische Anstrengung, die sich mit dieser vermittelt weiß, hat damit einen Ausgangspunkt - wie schwach er auch immer sein mag - , der ihr als Korrektiv dienen, vor resignativer Erstarrung in Kontemplation bewahren und zu Selbstbewußtsein auch gegenüber anderen kritischen Ansätzen führen kann.

Davon ausgehend erschließt sich ein Verständnis theoretischer Arbeit, dem es nicht darauf ankommt, aus dem jungfräulichen Schoße der 'neuen Linken' verzweifelt eine neue Theorie zu zeugen, sondern die Aufgabe der allgemeinen wissenschaftlichen Arbeit stellt sich eher darin, die 'alte'Theorie und ihre Intentionen mit der strengen konkreten Analyse der Erscheinungsformen des Neokapitalismus zu konfrontieren und sie so kritisch zu aktualisieren und zu rekonstruieren. Diese Aufgabe wird jedoch verstellt, wenn subjektivistische Handlungssysteme voluntaristisch-abstrakt an die Stelle von strenger gegenständlicher Analyse treten, wie das in der Strategiediskussion u.a. geschehen ist. Die Kluft zwischen Theorie und Praxis ist nicht im Gedanken allein, sondern nur im bewußten Zusammenhang theoretischer und praktischer politischer Arbeit zu vermitteln, ohne daß damit in der "naturwüchsigen Gesellschaft" die Einheit von Theorie und Praxis schon hergestellt wäre. Die auf Grund des Fehlens einer sichtbaren, Theorie und Praxis vermittelnden politischen Bewegung besonders scharfe Trennung muß ganz klar gefaßt werden, damit sichtbar werden kann, welche theoretischen Aufgaben sich stellen, wo die Anstrengung des Begriffs anzusetzen hat.

Der SDS wird nicht darauf verzichten können, die letzten fünf Jahre seiner Geschichte, seiner Politik und seiner theoretischen Diskussion,kritisch aufzuarbeiten. Je schwieriger seine eigene Existenz und Arbeit, desto sorgfältiger muß die Selbstkritik sein. Die für die Arbeit der'neuen kritik' in den letzten Jahren weitgehend bestimmende Strategiediskussion wird daher nicht nur nach dem äußerlich-formalen Kriterium der mangelnden Beteiligung als unfruchtbar gewordener Versuch abzutun sein. "Selbstkritik ist Lebenslicht und Lebensluft der sozialistischen Bewegung" und nicht bloß äußeres Ornament ihrer Diskussion. Gerade den Intentionen derer, die sich an der Strategiediskussion beteiligt haben, sowie den fruchtbaren Ansätzen,

die sich während dieser Diskussion ergeben haben, ist nur durch eine ernste inhaltliche Diskussion gerecht zu werden.
Das mit der Strategiediskussion in der Zeitschrift zutage getretene unscharfe Verhältnis von Theorie und Praxis hat eine gefährlich verwaschene Tendenz hervorgebracht. Beiträge zur Selbstverständigung über die Praxis des SDS und der Sozialisten werden unmittelbar mit allgemeinen Sätzen konfrontiert, so daß einerseits die Thesen zur Praxis des Verbandes nicht wissenschaftlich-politisch begründet, andererseits aber auch die theoretischen Sätze nicht mehr der konkreten Diskussion und Analyse unterzogen und dialektisch entwickelt werden.
Wenn jetzt die Arbeit des SDS und seine Probleme in der Zeitschrift ihren bestimmten Platz erhalten, erscheinen die praktischen, politischen Probleme wieder in einem weitgespannten Reflexionsverhältnis zu Theorie und Analyse. Damit wird der Weg frei zur strengen Analyse der weltgeschichtlichen Realität und zu ihrer dialektischen Auflösung in praktischer Theorie. Soweit das gelingt und die 'alte' Theorie inhaltlich aktualisiert und gerade durch den Abstand zu ihr als Ganze rekonstruiert wird, ergibt sich die Möglichkeit, gegenüber anderen kritischen Ansätzen einen eigenen, die Diskussion weitertreibenden und fördernden Standpunkt zu gewinnen.
Ist aber dem von der kapitalistischen Gesellschaft antagonistisch bestimmten Verhältnis von Theorie und Praxis der falsche Schleier subjektiver Vermittlung zerrissen, so verweist eben die erzwungene Trennung von Theorie und Praxis das Interesse auf die politischen Verhältnisse, unter denen noch sichtbare Ansätze zur politischen Überwindung des gesellschaftlichen Antagonismus vorhanden sind: auf die westeuropäischen Parteien, in denen Klassenbewußtsein noch politisch lebendig ist. Nirgends ist ja das Klassenbewußtsein so verschüttet und unartikuliert wie in der Bundesrepublik. Die Erfahrung und interessierte Anschauung jener politischen Lebendigkeit ist gerade für junge Sozialisten in der Bundesrepublik sehr wichtig. Die geographische Nähe sollte dazu anregen, die Probleme der ausländischen Genossen zu studieren und in die eigene notwendig oft abstrakte Reflexion mit aufzunehmen. Das International Socialist Journal mit seiner englischen, französischen und italienischen Ausgabe versucht, die internationale sozialistische Diskussion zu repräsentieren. Ein - wie die in der 'neuen kritik' nachgedruckten Beiträge von Marcuse und Mallet zeigen - fruchtbares Prinzip, an das uns anzuschließen wir nicht verzichten können. Es wäre ein großer Fortschritt, würde durch eine deutsche Ausgabe des ISJ die seiner Rezeption entgegenstehende Sprachschranke überwunden. Aber der einen sozialistischen Theorie, an die über den bundesrepublikanischen Provinzialismus hinaus der Anschluß hergestellt werden muß, entspricht keine einheitliche politische Bewegung. In der Bundesrepublik könnte das ISJ sich auf keinen schon vorhandenen Ansatz stützen, wie das in anderen Ländern der Fall ist. Würde sie also nur übersetzt, dann könnte das auch zu dem Ergebnis führen, daß die wichtigen Beiträge zur internationalen sozialistischen Diskussion von den Überlegungen der bundesrepublikanischen Sozialisten getrennt blieben oder auch weiterhin nur den Kreis erreichen würden, für den die Sprachschranke ohnehin nicht besteht.
Eine deutsche Ausgabe hätte nur dann einen Sinn, wenn sie zugleich eine deutsche, aller-

dings redaktionell fest mit der internationalen Diskussion verbundene Zeitschrift würde.

Eine allgemeine deutsche wissenschaftlich-politische Zeitschrift könnte sich aber nur entwickeln, wenn sie auf den realen Ansatz oder die deutliche realistische Perspektive einer, und sei sie noch so bescheiden, politischen Bewegung in der Bundesrepublik sich stützte und orientierte. Aus der Diskussion über diese Möglichkeit müßte deutlich werden, ob solch eine Zeitschrift sinnvoll ist oder nicht besser in eine erweiterte 'neue kritik' Teile des ISJ aufgenommen werden sollten. Die Verbindung zu den Sozialisten in den anderen westeuropäischen Ländern wäre eine Unterstützung - eine wesentliche Unterstützung allerdings nur, wenn in der Bundesrepublik selbst schon eine Tendenz vorhanden ist, die unterstützt werden kann.

Solange es keine zentrale sozialistische Zeitschrift in der Bundesrepublik gibt, bedarf der SDS nicht nur der 'neuen kritik' als eines aus ihm selbst allein bestimmten Organs. Solange kann und wird dieses Blatt auch nicht nur die Zeitschrift von sozialistischen Studenten sein. Es wird immer in besonderem Maße vom allgemeinen politischen Zusammenhang auszugehen sein. Das bedeutet und fordert die kontinuierliche, von der Redaktionspolitik geförderte Mitarbeit älterer auch nichtakademischer Genossen in der 'neuen kritik'. Auch sozialistische Studenten befinden sich zu sehr im Stadium der Rezeption und Unbestimmtheit als daß auf die Erfahrung älterer Genossen unbedacht verzichtet werden könnte. Diese Notwendigkeit der Mitarbeit von älteren Genossen muß als die Möglichkeit begriffen werden, eben doch die Sozialisten der Bundesrepublik in einen politischen Zusammenhang zu bringen, eine kontinuierliche Diskussion zwischen ihnen zu ermöglichen.

Aber diese Aufgabe stellt sich in jeder konkreten Lage jeweils von Neuem. Sollten ältere Genossen, Mitglieder des Sozialistischen Bundes, ehemalige SDS-Mitglieder unter vernünftigen politischen und organisatorischen Bedingungen eine deutsche Ausgabe des ISJ ermöglichen, dann läge das nur im Interesse des SDS und der 'neuen kritik', denn diese könnte sie von einer Reihe von Aufgaben entlasten, so daß sie sich mehr den ihr speziell vom SDS gestellten Anforderungen zuwenden und konkreter werden könnte.

Der SDS darf im eigenen Interesse dem Versuch einer allgemeinen wissenschaftlich-politischen Zeitschrift nicht im Wege stehen, sondern muß solche Kristallisation, wo sie reflektiert-praktischen Bedürfnissen entspricht, politisch fördern. Er wird eine solche Zeitschrift nicht machen können.

Es wird sich zeigen, ob die politischen und organisatorischen Möglichkeiten einer solchen Zeitschrift unabhängig vom SDS in absehbarer Zeit gegeben sein können.

Erst dann lassen sich Schlußfolgerungen für die Redaktionspolitik der 'neuen kritik' anstellen. Die Diskussion erlaubt aber schon jetzt, ungeachtet dieser Möglichkeiten einige praktische Schlußfolgerungen und Vorschläge für die Verbesserung der 'neuen kritik':

1. Das Format der 'neuen kritik' könnte und sollte in etwa das der 'New Left Review' oder der 'Gewerkschaftlichen Monatshefte' geändert werden. Dadurch würde die Zeitschrift handlicher, wennauch etwas teurer. Zugleich wäre derdem jetzigen Format anhaftende Blättchen-Charakter überwunden. Vor allem könnte der Umbruch flexibler werden: Hauptartikel, Rezensionen, Berichte, Diskussionsbeiträge könnten durch ein- und zweispaltigen Druck und mit verschiedenen Schriftgrössen wie in anderen Zeitschriften voneinander abgegrenzt werden.

2. Die Redaktion müßte entsprechend der vorgetragenen Überlegungen verpflichtet werden, eine festere und klarere redaktionelle Struktur mit regelmäßigen Teilen -. wie die Zeitschriftenhinweise - zu entwickeln. Regelmäßig müßte jedenfalls über die wissenschaftlich-politische Arbeit des Verbandes und über weiterreichende aktuell-politische Diskussionen im SDS berichtet werden. Außerdem sollte die Redaktion versuchen, jedes Heft mit einem von ihr geschriebenen oder initierten und auch inhaltlich vorbereiteten leitenden Artikel zu eröffnen, der zu aktuellen Diskussionen in den linken Gruppierungen der Bundesrepublik kommentierend Stellung nimmt oder von sich aus ein für das politische Selbstverständnis des SDS und seiner Freunde wichtiges Thema aufnimmt.

3. Es sollte eine 'große' erweiterte Redaktion gebildet werden, in die neben der engeren Redaktion fünf bis zehn weitere Genossen zu berufen wären, die aus verschiedenen Gruppen kommen sollten. Die erweiterte Redaktion müßte dann etwa vier- bis sechsmonatlich zusammentrten. Ihre Aufgabe wäre es, die allgemeine Politik der Zeitschrift zu diskutieren und die Verbindung wenigstens zu den wichtigsten Gruppen des Verbandes direkt herzustellen. Die Mitglieder der erweiterten Redaktion wären verpflichtet, regelmäßig Berichte aus der Arbeit der SDS-Gruppen für die Zeitschrift zu liefern, in den Gruppen potentielle Beiträge zu suchen, sich am Rezensionsdienst zu beteiligen etc. Im einzelnen hätte die Redaktion dazu selber praktikable Arbeitshinweise zu geben.

4. Die engere Redaktion sollte etwa zur Hälfte aus Marburger Genossen gebildet werden, da dort eine integrierte arbeitsfähige Gruppe besteht, andererseits die Frankfurter Gruppe, - nicht zuletzt wegen der jahrelang de facto von ihr getragenen BV-Arbeit - sich in einer einschneidenden Krise befindet. Die Verkehrsschwiriegkeiten dürften keine unüberwindlichen Kooperationsprobleme aufwerfen. Eine aus beiden Gruppen kommende Redaktion könnte aber die Spannung in sich tragen, die als Stachel zur politischen Selbstverständigung unerläßlich.

Vereinbarung zwischen SDS und ARGUMENT

In einer Besprechung zwischen dem Vorstand des ARGUMENT-Klub, vertreten durch Wolfgang F. Haug und Bernhard Blanke, und dem Bundesvorsitzenden des SDS, Helmut Schauer, ist noch im vergangenen Jahr über die Beziehungen zwischen dem SDS und der Zeitschrift DAS ARGUMENT folgende Vereinbarung getroffen worden:

1) Der Argument-Klub ist die Berliner Stützorganisation für die Zeitschrift DAS ARGUMENT. Er hat keine eigenen aktuell-politischen Ambitionen und betrachtet den SDS als die für seine politische Ausrichtung repräsentative studentische Organisation. Er nimmt deshalb davon Abstand, an anderen als den Berliner Universitäten und Hochschulen neben dem SDS eigene Organisationen zu gründen. Seinen Berliner Mitgliedern empfielt der Klub, sich dem SDS anzuschließen.

2) DAS ARGUMENT ist eine enzyklopädisch angelegte Schriftenreihe, in der ein neuer wissenschaftlicher Standard der sozialistischen Theorie entstehen soll. Ihre Basis hat sie in der Wissenschaft, d.h. an deutschen und ausländischen Universitäten und Hochschulen in den Sozialwissenschaften, der Philosophie und der Psychoanalyse. Ihre Mitarbeiter entstammen hauptsächlich dem middle range an den Universitäten und Hochschulen. Ziel der Zeitschrift ist es, möglichst viele dieser Wissenschaftler an der Mitarbeit am ARGUMENT zu interessieren.

3) Der SDS-Bundesvorstand wird das ARGUMENT bei dieser Arbeit unterstützen. Er wird die Mitglieder des SDS von der Möglichkeit einer Mitarbeit am ARGUMENT unterrichten und die Tätigkeit von Redaktionsgruppen des ARGUMENT außerhalb Berlins innerhalb des SDS fördern und anregen.

4) Der SDS-Bundesvorstand empfielt den SDS-Gruppen das ARGUMENT für ihre theoretische Arbeit. Er fördert den Vertrieb des ARGUMENT durch die Gruppen.

5) Der jeweilige SDS-Bundesvorsitzende wird Mitherausgeber des ARGUMENT. Er wird als solcher im Impressum der Zeitschrift geführt. Diese Regelung gilt ab Heft 34 des ARGUMENT.

Seminar in München

Die Gruppe München hat im Dezember eine Einladung zu einem Seminar verschickt, die wir hier zusammen mit einigen kritischen Bemerkungen des Bundesvorstands und dem Antwortschreiben der Münchner Gruppe allen Mitgliedern des Verbandes bekannt geben.

1) Einladung der Gruppe München vom 29.12.1965:

Genossinnen und Genossen,
der SDS München plant, zusammen mit Genossen aus anderen Gruppen einige Seminare durchzuführen. Als erstes soll ein Seminar über

R E V O L U T I O N U N D O R G A N I S A T I O N B E I
M A R X U N D L E N I N

stattfinden.

Dauer: Freitag, 4.Februar 1966 (abends) bis einschließlich Sonntag 6.2.

Das Seminar beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Marxismus und Leninismus unter dem Gesichtspunkt von R E V O L U T I O N und P A R T E I und der Rolle von Gewalt und Staat. Es soll möglichst jeder Teilnehmer ein Referat oder wenigstens eine kurze Ausarbeitung über eine Detailfrage vorbereiten. Das Hauptgewicht soll auf der gemeinsamen Erarbeitung von Ergebnissen liegen.

Genossen, die ein Referat übernehmen, setzen sich bitte mit uns in Verbindung und beschreiben dabei den Problemkreis, an den sie denken, möglichst genau. Die folgende Einteilung der Arbeitsgebiete soll eine vorläufige Abgrenzung sein, sie kann verändert werden und die Themen der Referate brauchen nicht mit den folgenden Punkten identisch zu sein:

I. Marx und Engels über die Frage der Partei.
(Entwicklung ihrer Vorstellungen über politische und ökonomische Kampforganisationen des Proletariats - Aufgaben der Kommunisten - Kritik von Marx und Engels an der Sozialdemokratie und am Reformismus)

II. Marx und Engels über die Revolution und die Diktatur des Proletariats.
(die sog. 'klassische' Arbeiterrevolution - Schlußfolgerungen aus der Pariser Commune - Rolle von "Diktatur" und "Demokratie" - Frage der Gewalt)

III. Lenin: Der Imperialismus und seine Folge, die "kombinierte" Revolution.
(Neue Phase des Kapitalismus? - Unterschied zum 'klassischen' Kapitalismus - veränderte Klassenbasis der Revolution, Bedeutung von Bündnissen, nationaler Frage usw.)

IV. Lenin: Die Rolle von Staat und Gewalt in der Revolution.
(Klassencharakter des Staats - proletarischer Staat, Volksstaat oder kein Staat? - friedlicher Übergang? - Diktatur und Demokratie)

V. Die Partei als organisierte Avantgarde.
(Organisationsweise - russische Besonderheit? - Verhältnis von Spontanität und Organisiertheit - brauchen wir eine solche Partei?)

VI. Der Kampf gegen den Revisionismus.

(Bedeutung dieses Kampfes für die Revolution - Spaltung und Einheit - moderner Revisionismus)

Wenn wir alle Referatsvorschläge haben, wird eine genauere Abgrenzung möglich sein. Wir schicken den Teilnehmern noch einen genauen Plan zu.

Der Teilnehmerkreis muß auf 10 - 12 Gäste und etwa 15 Münchner Genossen begrenzt werden. Baldige Anmeldung ist deshalb zweckmäßig.

Fahrtkostenerstattung ist nicht möglich. Unterkunft ist kostenlos, die Teilnehmer können auch länger bleiben, als das Seminar dauert. (Wer einen Schlafsack, Bettwäsche, Decken oder dergleichen besitzt, bringe das bitte mit) Essen kann zu einem niedrigen Preis gekocht werden.

2) Brief des Bundesvorstands an die Gruppe München vom 6.1.1966:

Lieber Genosse Eisner,

besten Dank für die Einladung zu dem von Euch im Februar geplanten Seminar. Wir freuen uns über diese Initiative und insbesondere auch darüber, daß Ihr durch Eure Einladung an die SDS'Gruppen dem gesamten Verband die Möglichkeit gebt, sich an Euren Diskussionen zu beteiligen. Wir würden uns freuen, wenn möglichst viele Genossen aus anderen Gruppen von Eurer Einladung Gebrauch machen würden und könnten. Jedenfalls werden wir die Redaktion der "neuen kritik" bitten, einen Genossen zu dem Seminar zu schicken, der dann evtl. in der Zeitschrift die Diskussion referieren könnte.

Ich melde mich hiermit ebenfalls zum Seminar an, bitte Euch aber, mir das für die Teilnahme geforderte Referat zu erlassen; ich hätte dazu beim besten Willen jetzt keine Zeit. Schließlich werden ja in maximal zweieinhalb Tagen auch keine dreißig Leute referieren können und müssen.

Da Ihr Euren Seminarplan zwar eingehend ausgeführt habt, Ihr ihn andererseits jedoch relativ unverbindlich allen Wünschen und Anregungen offen haltet, will ich noch einige Anmerkungen dazu machen, die Euren weiteren Planungen dienlich sein möchten.

Mich interessiert Euer Seminar deshalb besonders, weil es der ja auch im Rechenschaftsbericht des Bundesvorstandes zur Delegiertenkonferenz erhobenen Forderung entspricht, die Geschichte der Abbeiterbewegung endlich wieder zur Kenntnis zu nehmen. Auch der Bundesvorstand wird deshalb das diesjährige Einführungsseminar unter das Thema "Zur Geschichte der Arbeiterbewegung",stellen.

Euer Seminarplan berücksichtigt nun eine Vorüberlegung, die auch wir angestellt haben: Es genügt nicht, wie das besonders in der Periode der Distanzierung von der SPD der Fall war, unser Verhältnis zur alten Arbeiterbewegung nur negativ zu bestimmen. Die Kritik an ihrer Entwicklung und Integration, etwa nach dem Muster der heute gängigen Kritik des Kautskyschen Reformismus, bleibt dieser selber noch verhaftet.

Soweit sie nämlich auf dem Hintergrund der von Habermas kritisch beobachteten ("Theorie und Praxis", S. 170 f.) "verschwiegenen Marx-Orthodoxie " stattfindet und diese nicht kritisch reflektiert, verliert sie auf die Dauer ihre Vorausstzungen, die revolutionären Kategorien, verschleiert sie bloß deren Verlust und muß schließlich selber die Integration fördern. Am Ende wird dann auch der Theorie und Geschichte der Arbeiterbewegung Gewalt angetan, weil ihr konkreter historischer Zusammenhang in Bruchstücke aufgelöst wird.

In der Begründung des "archivs sozialistischer literatur" haben wir schon darauf hingewiesen (Trotzki-Prospekt), daß die revolutionären Erfahrungen und Einsichten der Geschichte der Sozialisten positiv und im Interesse der Entwicklung sozialistischer Politik rezipiert werden müßten. Was wir wollen, ist also die kritische Aktualisierung der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Wenn ich Euren Seminarplan richtig verstanden habe, geht er auch davon aus.

Dagegen scheint er sich aber die Arbeitsprinzipien, unter denen das Seminar ablaufen wird, nicht recht klar gemacht zu haben. Vielleicht kommt dies davon, daß Ihr eine "genauere Abgrenzung" - wie Ihr etwas unreflektiert im Universitätsjargon, also positivistisch sagt - erst noch vornehmen wollt.

In zwei Tagen wird aber das Seminar seiner inhaltlichen Bestimmung nicht gerecht werden können. Rechnet man die Stunden nach, dann ergibt sich bestenfalls, daß zu den einzelnen Themen bereits fertig ausgearbeitete Stellungnahmen vorgetragen werden können, für deren Diskussion kaum ausreichend Zeit bliebe. Die Diskussion könnte, so global wie die Themen nun einmal sind und bei den historischen Kenntnissen, auf Grund derer ihre Diskussion erst sinnvoll wird, allenfalls Randfragen behandeln.

Bei der Anlage unserer wissenschaftlichen Arbeit dürfen wir keinesfalls von abstrakten inhaltlichen Ansprüchen ausgehen; die organisatorischen, die materiellen Voraussetzungen unserer wissenschaftlichen Arbeit müssen genauestens mit ihrem Inhalt vermittelt werden. Wenn dies, wie in dem Plan, nicht beachtet wird, können die einzelnen Schritte der Rezeption und Reflexion nicht mehr ganz vollzogen und aufeinander vermittelt werden. Daher müßte die organisatorische Zusammendrängung der Themen notwendig die Intention des Seminars, also Geschichte auf unsere gegenwärtige Praxis zu vermitteln, zerbrechen.

Sozialistische Theorie und Geschichte müßten genauestens entfaltet und aus der Distanz unserer historischen Situation diskutiert werden. Das wäre aber erst der Ausgangspunkt, von dem aus strenge, gegenständliche Analyse die aktuelle, von praktischem Erkenntnisinteresse geleitete Theorie entwickeln, zur Rekonstruktion des Marxismus kommen könnte.

Schon jetzt ist aber etwa unter Punkt V des Seminarplans, die historische Distanz zur russischen Revolution verloren gegangen. Die Probleme unserer Praxis werden dem historischen Rekurs unmittelbar entgegengesetzt.

Insgesamt gerät das Seminar in Gefahr, daß geschichtliche Theorie und Erfahrung undiskutiert, also doch wieder kontemplativ und damit dogmatisch rezipiert, andererseits aber die

aktuellen praktischen Probleme ohne gründliche Analyse und Reflexion, voluntaristisch behandelt werden.

Auch in unserer wissenschaftlichen Arbeit müssen wir, wie in der politischen, streng die materiellen Voraussetzungen berücksichtigen, daß wir zu genauen, konkreten Positionen kommen und damit praktischen Erfolg haben können. Insofern könnte es sonst auch in der Entwicklung der Theorie zu dem Resultat kommen: zwei Schritte vorwärts und drei zurück.

Ich hoffe, Ihr versteht diese Kritik, so wie sie gemeint ist, als den Versuch vernünftiger Solidarität in gemeinsamer Sache.

Wir werden diesen Brief als Empfehlung den SDS-Gruppen bekannt geben, und wir wären Euch dankbar, wenn Ihr ihn den Mitgliedern Eurer Gruppe zur Kenntnis geben könntet.

Herzliche Grüße

gez. Helmut Schauer

3) Brief der Gruppe München an den Bundesvorstand vom 12.1.1966:

Lieber Genosse Schauer,

wir danken für Deinen Brief vom 6.d.M. und freuen uns über Deine Teilnahme.

Deine Kritik ist grundsätzlich berechtigt.

Wir sind einig in der Einschätzung der Bedeutung der Geschichte der Arbeiterbewegung. Wir können uns nicht darauf einlassen, nur aus unserer eigenen Praxis lernen zu wollen, besonders nicht in einem Studentenverband, dessen Praxis notwendig wenig kontinuierlich und ausserdem auf bestimmte Gebiete begrenzt ist.

Wir haben keinen Grund zur selbstzufriedenen Annahme, wir lägen schon "immer richtig". Die wirkliche Breite des Klassenkampfes, die Aufgaben, die in seiner Entwicklung auf die Sozialisten zukommen, können nur auf der Basis kritischen Studiums der Geschichte unserer Bewegung begriffen und gelöst werden.

Freilich ergibt sich eine gewisse Diskrepanz zwischen der Breite dieser Aufgaben und der damit verbundenen theoretischen Fragestellung einerseits und der gegenwärtigen organisatorischen Hülle unserer Arbeit andererseits. Würden wir die theoretische Diskussion sich durch die praktischen Grenzen der SDS-Arbeit bestimmen lassen, so hätten wir vergessen, daß der SDS nicht nur einfach ein demokratischer oder "linker" Studentenverband, sondern auch eine S c h u l e der Sozialisten sein muß.

Der SDS München versucht in Arbeitskreisen über Ökonomie Geschichte usw., die Diskussion bewußt über den durch die eigene Praxis gesteckten Rahmen hinauszuführen, also Fragen, die für die Arbeiterbewegung von Bedeutung sind, auch dann zu studieren und zu diskutieren, wenn sie für unser Semesterprogramm keine unmittelbare Wichtigkeit haben.

Du hast recht, wenn Du darauf hinweist, daß die in dem Seminar behandelten Probleme sich

nicht durch die bloße Rezeption darüber vorhandener Theorien wirklich begriffen werden können. Es ist aus wissenschaftlichen wie aus pädagogischen Gründen richtiger, die Verallgemeinerungen aus der genauen Analyse des Konkreten, Besonderen zu gewinnen. Nur dann ist auch die p r a k t i s c h e Bedeutung der Theorie gegeben.

Wir wollen das im nächsten Seminar berücksichtigen, das wir hiermit ankündigen. Es findet voraussichtlich am ersten Aprilwochenende (2./3. April) statt und hat zum Thema

"Die bayrische Revolution"

Es sollen die Struktur, die Einkommensverhältnisse, die politischen Strömungen in Bayern während des imperialistischen Krieges und danach untersucht werden, anschließend die auf die Regierung Eisner folgende "anarchistische" und die "kommunistische" Räterepublik.

Wir bitten um Literaturhinweise und Mitarbeit.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Erich Eisner